

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 21. April 1900.

Insertate die dreigespaltene Pettzelle oder deren Raum 80 J.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Quitzdorfsstraße Nr. 9.

Inhalt: Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1899. — Tarif-Verträge. II. — Staatswerftliches. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Bericht von der Konferenz der Metallarbeiter von Baden, Elsaß und der Pfalz. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Aus anderen Berufen und Organisationen. — Rundschau. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Bijouteriearbeitern nach **Esslingen a. N.** (Guttenlocher) W.;
- von Eiselseuren nach **München** (Roth) Str.;
- von Drehern nach **Frankenthal** (Bettinger u. Balke, Pumpen- und Armaturenfabrik) W., nach **München** (Roth) Str.;
- von Emaillewaarenarbeitern nach **Leisnig** (W. Buller, Blechwaarenfabrik u. Emailtwerk) W.;
- von Feilenbauern nach **Hamburg** (Firma Walter) W. nach **Leipzig-Plagwitz** (Weber) St.;
- von Glashnern (Klempnern) nach **Düsseldorf** (Wortmann & Elbers) Str., nach **Leisnig** (W. Buller, Blechwaarenfabrik u. Emailtwerk) W., nach **Görlitz** L. nach **Stettin** L.;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach **Silberberg** (F. A. Große) W., nach **Darmstadt** (Lütjers-Metallgesellschaft) D., nach **Eberswalde** (Budde u. Göbde) St., nach **Altenburg** (Köhlers Söhne), nach **Cöthen** (Werkzeug- u. Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Aug. Paschen) W., nach **Chemnitz** (Casten) W., nach **Frankenthal** (F. Gutsmann) W., nach **Hensdorf a. Harz** (Reich-Schmitt) St., nach **Nürnberg** (Silber), nach **Priwalk** W., nach **Simmern** (Meincke) W., nach **Sorau**;
- von Gürtlern nach **München** (Roth) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Breslau** nach **Eberfeld-Rüppertweg** (vorm. Bayer u. W.) W., nach **München** (Köhler) D., nach **Mühl**, nach **Crimmitschau** (Kirmse) D., nach **Striegau** in Schl., nach **Mainz** (L.);
- von Metallgießern nach **Leipzig-Cohlis** (Vogt) D.;
- von Metallschlänglern nach **Berndt** (Oberst.) W. u. F.;
- von Planirern nach **Düsseldorf** (Wortmann & Elbers);
- von Schleifern nach **München** (Roth) Str.;
- von Schlossern nach **Frankenthal** (Bettinger u. Balke, Pumpen- u. Armaturenfabrik) W., nach **Rosenheim** W., nach **Harthaus** i. S. (Drechsler u. Wagner, Goldschmiedefabrik), nach **Pausdorf** (W. Böttcher) Str.;
- von Schlossern und Maschinenbauern nach **Süßaburg-Rosheim** (Maschinenbau-A.-G.) F.;
- von Werkzeugschlossern nach **Breslau** W.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; W.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1899.

Der jüngst erschienene Bericht der badischen Fabrikinspektion steht durchaus auf der sozialpolitischen Höhe seiner Vorgänger. Er enthält wiederum interessante Mitteilungen und Betrachtungen über die Streikorganisationen und ihre Tätigkeit, über die allgemeine Arbeiterbewegung, sowie über die Lohn- und Arbeiterbewegungen im Besonderen, über die Durchführung des Arbeiterschutzes, über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen und endlich werden im Anhang auf einer Reihe von Tabellen beachtenswerthe, lohnstatistische Mitteilungen aus 7 Bijouteriefabriken und 5 Mülereibetrieben gemacht.

Einleitend werden im Berichte einige Betrachtungen der in Aussicht stehenden Anstellung eines weiblichen Aufsichtsbeamten gewidmet und dabei der Standpunkt eingenommen, daß für den Posten eine Persönlichkeit von genügender wissenschaftlicher Vorbildung und Befähigung genommen werden sollte. Denn nur so könne erwartet werden, daß die Fabrikaufsicht nach und

nach diejenige besondere Ergänzung erfährt, welche sie zum Schutze der in den Fabriken und ihnen gleichgestellten Anlagen beschäftigten nahezu 60000 Arbeiterinnen bedarf. Würde eine Persönlichkeit von ausschließlich praktischer Befähigung angestellt werden, so würde die Fabrikinspektion hierdurch zwar eine gewisse Unterstützung in den Revisionen und den damit zusammenhängenden Geschäften haben, sofern eine genügend sichere Abgrenzung der dienstlichen Tätigkeit des weiblichen Beamten überhaupt möglich ist. Auf diesem Gebiete hat sich aber ein solches Bedürfnis nicht dringender herausgestellt. Die auf Grund der Revisionen getroffenen Anordnungen und erfolgenden Anregungen kommen den Arbeiterinnen geradezu zu Gute, wie den männlichen Arbeitern. Man wird diese Neuerungen des erfahrenen und tüchtigen badischen Fabrikinspektors Dr. Wörtschöffer wohl beachten müssen.

Sehr interessant sind wieder die Darlegungen über den Verkehr mit den Arbeitern. Er hat nach dem Berichte insofern eine kleine Besserung erfahren, als in zwei Fällen aus Arbeiterkreisen Anregungen zur Abhaltung von Sprechstunden außerhalb der Hauptstadt Karlsruhe gemacht wurden und der Arbeiterkonsumverein in Furtwangen den Wunsch aussprach, daß ein Mitglied der Fabrikinspektion an seiner Generalversammlung teilnehmen möchte. Allen diesen Anregungen ist selbstverständlich entsprochen worden, wodurch der mündliche Verkehr mit den Arbeitern etwas gefördert wurde, neben dem auch der schriftliche Verkehr mit denselben eine weitere Steigerung erfahren hat.

Dem zur Generalversammlung des genannten Arbeiterkonsumvereins entsandten Inspektionsbeamten wurden eine Anzahl von Beschwerden und Anliegen vorgebracht, auch Fragen allgemeiner Art wurden in der Versammlung von den Arbeitern angeregt, insbesondere auf die Mängel und die hohen Preise der dortigen Wohnungen hingewiesen. „Außerdem war es erfreulich wahrzunehmen, wie die Angelegenheiten des Vereins in verständiger, sachlicher und eingehender Weise unter allgemeiner Betheiligung der Mitglieder erörtert wurden. Dem Beamten, der an der Generalversammlung teilgenommen hat, gaben die empfangenen Eindrücke zu der Bemerkung Anlaß, daß der so notwendige und nützliche mündliche Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern leichter und besser, als durch die früher in größerem Umfang versuchten Sprechstunden durch öftere Betheiligung an geeigneten Versammlungen von Arbeitervereinen thunlichst jeder Richtung ermöglicht und gefördert werde.“ In Württemberg finden seit Jahren wenigstens einmal jährlich Versammlungen der Vertrauensleute der Arbeiter des ganzen Landes mit den Gewerbeinspektoren statt, die zur Befriedigung und zum Nutzen beider Theile verlaufen.

Bereits in den frühern Jahresberichten ist von der badischen Fabrikinspektion wiederholt darauf hingewiesen worden, wie sehr es den Verkehr mit den Arbeitern erleichtert, wenn dieselben organisiert sind und wenn sie sich der Vorstände ihrer Organisationen bedienen, um wegen ihrer Wünsche und Beschwerden mit den Aufsichtsbeamten zu verhandeln. Die Vorstände, welche auch thatsächlich diesen Verkehr in der Regel vermitteln, sorgen schon nach Thunlichkeit dafür, daß eine Vorprüfung der erhobenen Beschwerden stattfindet und daß nur einigermaßen begründete Dinge an uns gelangen. Ganz vortrefflich bewähren sich aber die Organisationen durch ihre ruhige und dadurch meist erfolgreiche Leitung von Arbeiterbewegungen wegen Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Höhe der Löhne. Sie haben nach den gemachten Wahrnehmungen ein ziemlich sicheres Gefühl dafür und sie erwerben sich daselbe immer mehr, welche Forderungen der Arbeiter nach der ganzen Lage der Verhältnisse durchführbar sind und voraussichtlich auf die Dauer, namentlich auch in schwierigen Zeiten,

festgehalten werden können. Sie verschmähen unter Umständen auch keine Kompromisse mit nur geringen Erfolgen und zeigen sich in kluger Weise allen doch nur auf den Schein berechneten Augenblickserfolgen abgeneigt. Bedauert wird, daß die Organisationen nicht immer den nöthigen Einfluß auf die Arbeiter zur Förderung und Durchführung des hygienischen Arbeiterschutzes besitzen.

Die vorstehenden objektiven, auf Grund eigener Wahrnehmungen und Erfahrungen gemachten Darlegungen sind noch ein wirkungsvoller Epilog zu der glücklicher Weise im Sande verlaufenen Zuchtstaukampagne, die nur erwachsen war aus einem systematisch bearbeiteten Boden der Verlogenheit und Verleumdung der Arbeiterbewegung durch gewissenlose Scharfmacher.

Der Verkehr mit den Unternehmern und den Berufsorganisationen, sowie mit den Behörden sei durchaus befriedigend gewesen. Bezüglich der Bestrebungen der Berufsgenossenschaften nach Erlangung größern Einflusses bei der Kontrolle der gewerblichen Anlagen betont der Bericht mit vollem Rechte, daß auch in Bezug auf die Unfallverhütung die staatlichen Aufsichtsbeamten wegen Herbeiführung der nothwendigen Ausgleichung auch in diesem Theile des Arbeiterschutzes niemals ausgeschaltet werden können. „Da ferner auch eine Verminderung der Unfälle nicht nur von der Beschaffenheit der Schutzvorrichtungen und von andern mechanischen Mitteln, sondern namentlich auch von einer größern Rücksichtnahme des Aufsichtspersonals auf die Arbeiter und der Arbeiter untereinander, also von Fortschritten der Kultur abhängt, so kommt damit auch ein Gebiet in Betracht, auf welches der Staat durch seine Beamten sich den entscheidenden Einfluß wahren muß.“ Die bezüglichen Bestrebungen der Berufsgenossenschaften werden also für völlig unbegründet erklärt und es wird ihnen ganz richtig weiter gesagt, daß sie dieselben nur im eigenen Interesse verfolgen, „um ihre Bedeutung mit lediglich äußern Mitteln zu heben.“ Der Vorschlag gibt daher unter verschiedenen Gesichtspunkten zu Bedenken Anlaß. „Dem Wunsche könnte überhaupt wohl erst dann näher getreten werden, wenn innerhalb der Berufsgenossenschaften auch den Arbeitern der entsprechende Einfluß auf die sie so nahe berührenden Verhältnisse eingeräumt würde.“ Dem können wir nur voll und ganz zustimmen.

Sehr beachtenswerth ist die im Berichtsjahre stattgefundenen erhebliche Weiterentwicklung der badischen Industrie. Die Gesamtzahl der unter behördlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Anlagen betrug 7035 mit 195,424 Personen gegen 6771 bzw. 185,978 im Jahre 1898. Davon standen jedoch 297 Betriebe mit 8968 Arbeitern unter der Aufsicht der Bergbehörden u., so daß noch 6738 bzw. 186,456 (1898: 6515 bzw. 177,723) für die Fabrikinspektion verblieben. Die Zahl dieser Betriebe hat sich im verflorenen Jahre um 223 und die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeiter um 8733 vermehrt. Diesem großen Wachsthum der badischen Industrie entspricht auch die Zunahme der an die Behörden zur Genehmigung gelangten Baugesuche betreffend den An-, Um- oder Neubau von gewerblichen Anlagen auf 713, während sie 1898 nur 663, 1897 578 und 1896 469 betrug.

Die Metall- und Maschinenindustrie erfährt im Berichtsjahre folgende Entwicklung. Es wurden gezählt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1899	1898	1899	1898
Zahl der Betriebe	774	797	461	413
" " Arbeiter	22,892	20,760	27,705	24,761
Davon männliche	17,312	15,380	26,135	23,473
" weibliche	5,580	5,380	1,570	1,288
" jugendliche	2,177	2,081	1,683	1,554
" Kinder unter 14 Jahren	60	74	10	10.

Darnach hat sich in der Metallindustrie die Zahl der Betriebe um 23 vermindert bei gleichzeitiger Vermehrung der Arbeiterzahl um 2132. In dieser verschiedenartigen Bewegung der Zahlen kann man nur die immer mehr zum Durchbruch gelangende großkapitalistische Entwicklung der Metallindustrie erblicken. Die Zunahme der Arbeiterzahl entfällt zum überwiegenden Theile auf die über 16 Jahre alten männlichen Arbeiter; immerhin erfahren auch die Arbeiterinnen eine Vermehrung um 200 und die Jugendlichen um 97, während die Zahl der Kinder um 14 zurückging.

In der Maschinenindustrie vermehrten sich die Betriebe wie die Arbeiter, erstere um 48 und letztere um 2944. Auch hier entfällt der größte Theil der Vermehrung auf die über 16 Jahre alten männlichen Arbeiter; die Arbeiterinnen vermehrten sich um 282, die Jugendlichen um 129.

Den größten Antheil an der Metallindustrie hat die in Pforzheim betriebene Bijouterieindustrie. Sie zählte 1898 500 Betriebe mit 13,277 Arbeitern, wovon 4584 weiblichen Geschlechts und 1899 460 Betriebe mit 13,865 Arbeitern, wovon 4794 weiblichen Geschlechts. Wir sehen hier bei gleichzeitiger Verminderung der Betriebe um 40, eine Vermehrung der Arbeiter um 582, wovon 210 auf die Arbeiterinnen entfallen.

Wie immer, so forderte und erhielt auch im Berichtsjahre die Pforzheimer Bijouterieindustrie die meiste Ueberzeitarbeit bewilligt, nämlich von 195,282 Ueberstunden insgesammt deren 139,958, gleich 71,6 % der gesammten bewilligten Ueberzeitarbeit. Auf die Maschinenindustrie entfallen davon 1100 Stunden.

Bei dieser Ueberstunden handelt es sich natürlich nur um die Arbeiterinnen. Wie es mit der andern Ueberzeitarbeit steht, die von keiner behördlichen Erlaubnis abhängig ist, zeigt folgende Äußerung des badischen Fabrikinspektors: „Die kurzen Arbeitszeiten vieler Maschinenfabriken, von denen schon in früheren Jahresberichten die Rede war, wurden durch so lang andauernde und täglich lange Ueberarbeiten durchsetzt, daß sie fast nur auf dem Papier zu stehen schienen. Der Vortheil, daß die regelmäßigen täglichen Arbeitszeiten wenigstens nach der Arbeitsordnung nur kurze waren, darf deswegen aber doch nicht unterschätzt werden; denn die Ueberarbeit ist, insofern die Arbeitsordnung keine Verpflichtungen darüber festsetzt, eine freiwillige und sie muß unter Umständen durch einen höhern Stundenlohn von dem Arbeitgeber erkauft werden.“ — Wir möchten den Kollegen aber doch rathen, überall darauf hinzuwirken, daß die Ueberzeitarbeit wirklich nur seltene Ausnahme und nicht die Regel bildet.

Ein wenig erfreuliches Kapitel haben wieder die Gesetzesübertretungen und die deshalb erfolgten Bestrafungen. Die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen wurden in 124 von den Aufsichtsbeamten festgestellten Fällen übertreten, diejenigen zum Schutze der Jugendlichen in 70 Fällen, ungeredet natürlich die Zahl der nicht amtlich festgestellten Zuwiderhandlungen. Bestraft wurden je 18, zusammen 36 Personen und zwar mit geringen Strafen von 3, 5 bis 15 M. r., wobei nach wie vor die Gesetzesübertretungen rentabel bleiben. Die Vergehen der Arbeiter werden auch in Baden strenger bestraft.

Tarif-Verträge.

II.

3. Auf den Arbeitsprozeß bezügliche Bestimmungen finden sich in den Tarifverträgen; so Bestimmungen über Verwendung und Ausschließung gewisser Maschinen, Stoffe und Arbeitsmethoden, über Einrichtung von Ankleideräumen, Handbänken, Waschanstalten, Bestimmung von Handtüchern und Seife, über Ventilation und Unfallverhütungsmaßregeln und andere hygienische Vorschriften, über den Verkehr zwischen Unternehmern, Werkführern und Arbeitern, über humane Behandlung, über die Abschaffung des Duzens der Arbeiter u. s. w.

4. Bestimmungen über Einigung, Einhaltung und Aufhebung des Arbeitsvertrages, wie über Benutzung, beziehentlich Ausschließung gewisser Formen des Arbeitsnachweises, über Wiederannahme der Arbeit, über Einstellung und Entlassung gewisser Arbeiter besonders nach Streiks, Bestimmungen über die Zahl der in einem Betriebe zulässigen Lehrlinge im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Gehilfen (Lehrlings-Stala), Bestimmungen über Kündigungsfristen, beziehentlich ihren Ansetzungs- und ihre Dauer, Ansetzungs- und Kündigungsgründe, über Bildung und Rechte der Arbeiter, Ausschüsse über Einhaltung und Abänderungsmöglichkeiten der Arbeitsordnung, über Schlichtung von Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, ein Punkt, der in der letzten Zeit außerordentlich ausgebaut wurde, so z. B. haben sich in dem bemerkenswerthen Tarifvertrag der

Maurer in Berlin vom Juni 1899 Bestimmungen, daß für Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter an einer Arbeitsstätte drei Instanzen vorgesehen sind.

5. Ueber das Verhalten der Arbeiter außerhalb der Arbeitszeit finden sich auch Bestimmungen, so über die Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer Organisation, über die Anerkennung derselben durch den Unternehmer, ausdrückliche Zusicherung, daß durch die Zugehörigkeit zur Organisation das Arbeitsverhältnis nicht beeinträchtigt werden dürfe, aber auch Zusage der Arbeiter, wonach Streikbrecher nicht verunglimpft werden dürfen, endlich Bestimmungen über die Verwendung von Strafgebern, über Wohlthätigkeitsvereine und Einfluß der Arbeiter auf dieselben, über Klassen u. s. w.

6. Den Tarifvertrag, seine Dauer und die Möglichkeit seiner Kündigung betreffende Bestimmungen, so z. B. auch die Zusage der Arbeiter, in einer bestimmten Zeit nach Abschluß des Tarifvertrages keine Lohnforderungen zu stellen, dann Einsetzungen von Kommissionen zur Ueberwachung der Einhaltung des Tarifs und zur Entscheidung über Differenzen aus denselben, wie Kontrollkommissionen, Tarif-Ausschüsse, Tarifämter, Einigungsämter und dgl. Es finden sich auch Bestimmungen, daß die Tarifverträge, wenn sie nicht ausdrücklich gekündigt werden, immer weiter für eine bestimmte Zeit Geltung haben sollen, andererseits finden sich auch Bestimmungen, daß nach Ablauf des Tarifvertrages bei Differenzen über die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses das Gewerbegericht als Einigungsamt einberufen werden müsse. In dem schon erwähnten Tarifvertrage der Berliner Maurer vom Juni 1899 findet sich die Bestimmung: „Sowohl die zentrale, wie die lokale Organisation der Maurer, so wie die Gewerkschaftskommission verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß für Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzusetzen und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Streiks nicht zu unterstützen.“

Bezüglich des Umfangs der Geltung eines Tarifvertrages kommt es darauf an, ob er sich auf eine Werkstatt oder auf eine Fabrik allein, auf einen Ort, auf eine Organisation oder eine Branche innerhalb dieser Organisation bezieht. Man spricht dann von Werkstatttarifen, Fabrikarifen, Branchen-Tarifen.

Eine große Schwierigkeit ergibt sich fast stets beim Abschluß der Tarifverträge, da dazu besonders geeignete Personen notwendig sind, die über Eigenschaften verfügen müssen, welche die durchschnittlichen Gewerkschaftler selten besitzen oder besitzen können. Wie bei jedem Vertragsabschluß will jede Partei das Beste für sich heraus schlagen und hier, wo es sich um sehr subtile und spezielle Angelegenheiten des Produktionsprozesses handelt, ist eine ganz außerordentlich eindringliche Kenntnis erforderlich, bei der, von seltenen Ausnahmen abgesehen, die Unternehmenseite nicht nur ökonomisch als der stärkere Theil betrachtet werden muß. Die Unternehmer, beziehentlich eine Mehrzahl der Unternehmer, mit ihren Ingenieuren, Werkführern und Vorarbeitern haben selbstverständlich eine weit genauere Kenntnis der Verhältnisse ihres oder ihrer Betriebe, als die Arbeiter. Aber selbst, wenn dem nicht so wäre, so besitzen die Unternehmer Kenntnis von geplanten Umänderungen des Produktionsprozesses, von der Absicht, neue Maschinen zu erproben und einzuführen, von dem Umfang der zu erledigenden Bestellungen, von den Konkurrenz-Verhältnissen, von der Preisentwicklung der Rohfabrikate, Hilfsstoffe und fertigen Produkten, alles Momente, die bei dem Abschluß von Tarifverträgen sehr bedeutungsvoll sind oder werden können, über die aber die Arbeiter kaum genügend informiert sein können. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Verhältnisse nicht vielfach einfach und übersichtlich liegen, aber es soll doch schon heute darauf aufmerksam gemacht werden, daß es oft dem Arbeiter außerordentlich schwierig ist, alles mit in die Berechnung zu ziehen, was beim Abschluß eines Tarifvertrages in Betracht kommen kann und daß man deshalb nur die erfahrensten, gewandtesten, geschultesten und ruhigsten Kräfte der Organisation für derartige Vertragsabschlüsse gebrauchen kann; selbstverständlich sind im Bundesrat-Berufe, wo eine Ueberzahl über alle Möglichkeiten der Druckaufträge vorhanden ist, die Kenntnisse zum Abschluß eines Tarifvertrages leichter zu erwerben, als in der so vielfältigen Metallindustrie mit ihren immer neuen Aufgaben und mit ihren sehr wechselnden Produktionskosten und ihrer Schiedung in zahlreiche Branchen.

Eine Schwierigkeit beim Abschluß der Tarifverträge besteht auch darin, daß Verhandlungen über dieselben meist längere Zeit währen, und daß es nicht leicht ist, die Einigkeit der Arbeiter während dieser langen Zeit zu erhalten. Diese Schwierigkeit wird dadurch gesteigert, daß die Verhandlungen über Tarifverträge meist in Zeiten großer Aufregung fallen, in die Zeiten von Streiks oder der Verhandlung über Beilegung einer

ArbeitsEinstellung. Die Unternehmer sind bei diesen Vertragsverhandlungen eine schwer zu behandelnde Gegenpartei, sie wehren sich noch immer dagegen, sich auf den gleichen Boden des Privatrechtes mit den Arbeitern zu stellen, sie sehen in diesen Verhandlungen selbst ein Attentat auf ihre souveräne Stellung als Herren im eigenen Haus, man muß mit dem Hochmuth rechnen, der dem deutschen Unternehmer bei Verhandlungen mit dem Arbeiter inne wohnt; weitere Schwierigkeiten ergeben sich dort, wo zwischen Arbeiter und Unternehmer Zwischenmeister vorhanden sind, oder wo unter den Arbeitern selbst bestimmte Abhängigkeitsverhältnisse bestehen. Eine Tarifabmachung kann nur dann Aussicht auf Dauer haben, wenn sie nicht mit einer zufällig zusammengewürfelten Masse von Arbeitern, sondern mit der Organisation der Arbeiter selbst abgeschlossen wird, gegen die Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen wehren sich aber bekanntlich die Unternehmer aus Leibeshäften.

Aus all diesen Gründen ergibt sich oft die Nothwendigkeit, zwischen den beiden vertragschließenden Theilen unparteiische Vermittler zu besitzen. Diese dürfen selbstverständlich keinerlei Parteinteressen vertreten, sie müssen ihrer Persönlichkeit und ihrer Stellung nach beide Parteien von ihrer Unparteilichkeit überzeugen. Im deutschen Reiche finden sich solche Personen leider sehr selten, ihr Kreis ist beschränkt auf einige wenige Vorstehende von Gewerbegerichten, auf sehr wenige Vorstehende paritätischer Arbeitsnachweise und auf eine geringe Anzahl städtischer Beamter. Die Ausbildung der Klaffengegensätze hat die Zahl der zu solcher Vermittlungsthätigkeit geeigneten Personen außerordentlich vermindert und es scheint vorerst wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß diese Zahl sich steigert. In andern Ländern hat es viele Personen aus andern Kreisen gegeben, die das Vertrauen zu einer Vermittlungsthätigkeit zwischen Unternehmern und Arbeitern zu erwerben verstanden, wir erinnern nur an den liberalen Ministerpräsidenten Carl af Roseberry, an Mundella, den bekannten Parlamentarier und Großunternehmer, an den Kardinal Manning in England, in Frankreich an den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau, in Oesterreich an die Gewerbeinspektoren u. s. w.

Für die Vermittlung von Tarifverträgen gibt es gegenwärtig in Deutschland nur eine gesetzlich geregelte Form, das sind die Gewerbegerichte in ihrer Eigenschaft als Einigungsämter; die Unparteilichkeit des Vermittlers wird hier dadurch erstrebt, daß die Beisitzer und die Vertrauensmänner in gleicher Zahl aus der Reihe der Arbeitgeber und der Arbeiter genommen werden. Die Thätigkeit des Vermittlers besteht im Wesentlichen darin, daß er auf Grund seines persönlichen und amtlichen Ansehens und vermöge des von den Parteien gehegten Vertrauens in seine Unparteilichkeit, die Parteien aneinander näher und so nahe zu bringen sucht, daß es unter ihnen zu einer Vereinbarung und zur Einigung kommt. Diese Vermittler erleichtern auch den Unternehmern die Verhandlungen mit den Arbeitern, sie glauben sich bei solchen Verhandlungen unter amtlichem Vorhänge weniger zu verbergen, als in direktem Verkehr mit den Arbeitern. Eine gute Leitung derartiger Verhandlungen kürzt dieselben ab und wirkt befähigend. Beide Parteien müssen bemüht sein, den Vermittler von der Richtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen. Hierdurch wird das Sachverhältnis geklärt und die Leidenschaft gemäßigt. Die Anwesenheit des Vermittlers erschwert Differenzen über die Auslegung der Abmachungen, denn ein unbetheiligter Zeuge der Verhandlung war ja stets anwesend. Endlich erschwert er die Vereitelung der Verhandlung, indem er die Parteien durch sein moralisches Gewicht zur Fortsetzung und Beendigung der Verhandlung zwar nicht zwingen aber doch veranlassen kann. Das moralische Gewicht einer Verhandlung dieser Art besteht auch darin, daß ein sogenannter Schiedspruch gefällt werden muß, der sich auf alle, zwischen den Parteien streitigen Fragen zu erstrecken hat. Dieser Schiedspruch ist zwar nach dem Gesetze für keine Partei verbindlich, falls sie nicht vor seiner Fällung versprochen hat, sich demselben zu unterwerfen. Aber die Thatsache, daß ein solcher Schiedspruch, auch wenn er ohne praktische Wirksamkeit zu sein scheint, öffentlich gefällt wird und in der Regel auch durch Maueranschlag oder die Zeitungen veröffentlicht wird, bedeutet ein sehr großes moralisches Machtmittel zur Durchführung derartiger Schiedsprüche, denn es muß heute im sozialen Kampfe jede streitende Partei mehr oder weniger mit der öffentlichen Meinung rechnen, sie muß es daher schwer empfinden, wenn die öffentliche Meinung nicht begreift, daß unter den veröffentlichten Bestimmungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Das Charakteristische an den Abschlüssen der Tarifverträge ist, daß sie das Interesse einer Mehrheit und nicht das eines Einzelnen vertreten. Es kann

sehr leicht die Folge einer Tarifabmachung sein, daß die Gesamtheit der den Vertrag abschließenden Arbeiter aus diesem Tarif gegenüber der früheren Lage Vortheile zieht, daß aber das Interesse eines Einzelnen dabei gleichwohl Schaden leiden kann. Ein besonders leistungsfähiger Arbeiter kann z. B. durch die Abschaffung der Akkordarbeit in seinem Verdienst erheblich beschränkt werden, während die Abschaffung der Akkordarbeit an sich ein Vortheil für die Gesamtheit ja der Zweck des ganzen Vertragsabschlusses gewesen sein mag. Für den Unternehmer kann die Tarifabmachung den Vortheil haben, daß seine Konkurrenten durch den Tarifabschluß keine günstigeren Produktionsbedingungen haben, wie er selbst. Eine Ausgleiche der Produktionsbedingungen, eine Verminderung der Konkurrenz ist unzweifelhaft auch eine Folge der Verallgemeinerung der Tarifverträge.

Staatswerftliches.

Daß die drei Staats-Muster-Werften bisher von einem sozialreformatorischen Hauch sehr wenig berührt worden sind, ist eine allbekannte Thatsache. Güt Stummischer Geist ist es, der diese Betriebe durchweht und die Stummische Auffassung vom Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmer ist die, die die Marineverwaltung befeilt.

Um so mehr wurden wir überrascht, als uns ein Schriftstück in die Hände kam, das dem doch wenigstens ein Mal eine Anschauung vertritt, die dem bureaukratischen Geist der Werften bisher so fern lag und nach der bisher auch noch nicht verfahren ist. Das Schriftstück rührt von der Verwaltung der kaiserl. Werft in Kiel her und lautet wörtlich:

16707 B. Kiel, 16. Septbr. 1899.

An III. IV. VII. II. I. VI. V. u. H.

(Bezeichnungen für die einzelnen Abtheilungen der Werft.)

Angeht die Zweckbestimmung der Unfallrente, welche eine Entschädigung für den Ausfall der Erwerbsfähigkeit bilden soll, wird bei Festsetzung der Rente stets darauf Bedacht genommen, daß der dem Verletzten bei seiner Weiterbeschäftigung gewährte neue Lohnsatz zufällig der Rente den vor dem Unfälle bezogenen Arbeitsverdienst nicht übersteigt. Es ist hierdurch selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß solche Renteneempfänger, welche sich im Laufe der Zeit vermöge ihres Fleißes, ihrer Erfahrung, der Entfaltung ihrer Fähigkeiten und dadurch erreichten größeren technischen Geschicklichkeit einen Anspruch auf einen ihren nunmehrigen erhöhten Leistungen entsprechenden angemessenen Lohn erwerben, sehr wohl in ihrem Lohn aufgebeßert werden dürfen, ohne Rücksicht darauf, ob seit Festsetzung der Entschädigung in objektiver Beziehung in dem körperlichen oder geistigen Zustande des Betreffenden eine Besserung eingetreten ist. Das gegentheilige Verfahren würde insofern eine Härte bedeuten, als dadurch allen entschädigungsberechtigten Arbeitern, insbesondere denjenigen, welche zur Zeit des Unfalls erst einen geringen Lohn bezogen hatten, jegliche Aussicht auf bessere Gestaltung ihrer Einkommensverhältnisse von vorne herein benommen sein würde, was u. G. unmöglich in der Absicht des Unfall-Versicherungs-Gesetzes liegen kann.

Sollten in Berücksichtigung dieser Ausführungen künftig Lohnerhöhungen von Unfallrentenempfängern vorgenommen werden, so wird ersucht, unverzüglich eine kurze Meldung darüber an B. (Verwaltung) gelangen zu lassen, damit alsdann durch eine ärztliche Untersuchung festgestellt werden kann, ob etwa trotz des — den betreffenden Grad der Erwerbsbeschränkung zur Zeit der Rentenfestsetzung als eines dauernd annehmenden — ärztlichen Gutachtens gleichwohl eine Veränderung in dem objektiven Befinden des Verletzten eingetreten ist, auf Grund deren eine anderweitige Festsetzung der Rente stattzufinden haben würde.

Anlaß zu den vorstehenden Ausführungen gibt die hier gemachte Beobachtung, daß von einigen Dienststellen in irrthümlicher Auffassung der Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes in einem dem Verletzten ungünstigen Sinne verfahren wird. D. B.: Mate.

Der äußerst gesunde Gedanke der ersten Ausführungen wird ja durch die in den letzten Worten liegenden Befürchtung, daß ein Arbeiter einmal ein paar Pfennige der Unfallrente mehr als absolut notwendig ist, bekommen könnte, schon abgeschwächt. Man sieht, daß der Verfasser sich ganz vom bureaukratischen Geist nicht hat freimachen können. Wir wollen nur hoffen, daß auch das Schriftstück in seinem ersten Theile von den betreffenden Vorgesetzten befolgt wird, und wird diese Bekanntgabe des Aktenstückes wohl auch die Unfallrente beziehenden Arbeiter veranlassen, selbst einmal den Anstoß zur Befestigung, wo es nicht von selbst geschehen sollte, zu geben. Wir zweifeln auch nicht, daß die Werft uns für die Bekanntgabe ihres Schreibens nur Dank wissen wird. W.

Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern.

I. Mitgliederstatistik.

Ortsnamen	Zahl der Mitglieder am Schlusse des		
	4. Quart. 1898	2. Quart. 1899	4. Quart. 1899
Anklam	27	—	—
Brandenburg	1090	984	799
Burghammer	26	—	—
Colberg	5	11	6
Cottbus	171	117	183
Driesen	11	17	15
Eberswalde	23	19	51
Finsternwalde	58	83	74
Forst i. L.	109	82	93
Frankfurt a. O.	64	57	74
Fürstenwalde	112	109	97
Gassen	126	121	78
Guben	12	12	29
Greifswald	9	12	8
Heegermühle	11	11	12
Röselin	—	56	48
Koepenick	42	46	46
Landsberg a. Warthe	86	56	39
Ludenwalde	88	95	107
Lauchhammer	375	250	50
Mustau	60	50	49
Neudamm	18	21	—
Neu-Ruppin	15	17	12
Nowawes	42	59	81
Potsdam	25	62	42
Brenzlau	15	14	18
Prösen	311	180	—
Rathenow	384	394	404
Schwiebus	29	32	30
Spremberg	13	10	5
Sorau	—	—	23
Steglich	53	65	62
Stettin	370	481	591
Stralsund	41	49	36
Torgelow	309	420	116
Wetzschau	72	121	96
Wriezen	14	22	16
Gesamt	4226	4185	3336

Es bestanden im 2. Quartal 1899 in 22 Orten 27 Verwalt. mit 1798 Mitgliedern

1. " 1897 " 27 " 32 " " 2958 "
3. " 1897 " 34 " 38 " " 3426 "
1. " 1898 " 33 " 37 " " 4226 "
4. " 1898 " 35 " 35 " " 4221 "
2. " 1899 " 34 " 34 " " 4185 "
4. " 1899 " 33 " 33 " " 3336 "

Die Zu- resp. Abnahme der Mitgliederzahl vom 2. Quartal 1899 zum 4. Dezember 1899 betrug:

Zunahme:	Abnahme:
Cottbus 16	Brandenburg 185
Eberswalde 32	Colberg 5
Forst 11	Driesen 2
Frankfurt 17	Finsternwalde 9
Heegermühle 1	Fürstenwalde 12
Ludenwalde 12	Gassen 48
Nowawes 22	Greifswald 6
Brenzlau 2	Röselin 8
Rathenow 10	Landsberg 17
Torgelow 23	Lauchhammer 200
Stettin 110	Mustau 1
	Neudamm 21
	Neu-Ruppin 5
	Potsdam 20
	Prösen 180
	Schwiebus 2
	Spremberg 5
	Steglich 3
	Stralsund 18
	Torgelow 304
	Wetzschau 25
	Wriezen 6

Zunahme in 12 Verwaltungen 273 Mitglieder
Abnahme in 22 Verwaltungen 1072 Mitglieder
Bleibt Abnahme 799 Mitglieder

1/5 der Abnahme der Mitgliederzahl entfällt auf die Orte Brandenburg, Lauchhammer, Prösen und Torgelow. Für Brandenburg ist die Ursache zum größten Theil in der immer noch andauernden ungünstigen Konjunktur in der Fahrrad-Industrie, zum Theil aber auch auf die Beitragserhöhung zurückzuführen. Für Lauchhammer und Prösen habe ich die Ursachen in meinem letzten Tätigkeitsbericht — Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung von 1899 — so ausführlich klar gelegt, daß ich heute auf eine Wiederholung verzichten kann. Die Versuche, den verlorenen Boden wieder zu gewinnen, sind gescheitert. Der Kapitalismus hat es verstanden, die Arbeiter, welche nach besseren Zuständen strebte, mit Hilfe von Behörden, Schwärzern u. s. w. in der Knechtschaft zu erhalten. Ueberraschend ist die Abnahme in Torgelow. Wenn auch nach jedem Streit eine große Zahl von Mitgliedern abspringen, so ist doch hier dieser (zweiter) Streit nicht verloren gegangen, und sollte man meinen, daß die Torgelower, denen in Duzenden von Versammlungen die Aufgaben der Organisation klar gemacht sind, nicht in so großer Zahl dem Verband, der ihnen Tausende von Mark zur Verfügung gestellt hat, den Rücken kehren. Es waren bei dem Torgelower Streit eine Anzahl Unorganisirter zu unterstützen. Dadurch entstand eine Schuld, die durch Extrabeiträge gedeckt werden sollte. Die Mitglieder erklärten sich auch bereit — in geheimer Abstimmung — 10 Bfg. pro Woche zu leisten. Es waren nur ganz verschwindend wenige Stimmen dagegen. Als es aber an's Bezahlen ging, da bedachte man sich einfach! Um nun weiteren

Rückgang zu verhindern, wurde die Extrasteuer wieder aufgehoben, und muß abgewartet werden, ob auch dann der Rückgang andauert. Diese Erscheinung ist nur zu erklären durch die Rückständigkeit der ganzen Bevölkerung, die in einem traffen Egoismus ihren Ausdruck findet. 30 Bfg. die Woche bezahlen und 12—18 Mark dafür erhalten, das scheint hier die Parole zu sein. Einsehen werden die Torgelower erst gewinnen, wenn etwa eine ungünstige Konjunktur den Unternehmern Veranlassung gibt, die Löhne mehr und mehr abzuwaden.

Die Bedeutung ist ferner noch der Rückgang in Gassen. Derselbe erklärt sich durch den schlechten Geschäftsgang in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, Alt-G., vorm. Flöther, es mag aber die Beitragserhöhung ebenfalls mitgewirkt haben. Ähnlich so in Landsberg. In beiden Orten ist seit Jahren 12, 13, 14 Stunden gearbeitet worden. In beiden Orten erhob die Arbeiterschaft Protest gegen die lange Arbeitszeit, aber abgeschafft wurde dieselbe erst, als es den Herren Kapitalisten gefiel — als sie eben nicht mehr so viel Arbeit hatten. Erst schändet man den Arbeiter bis auf's Blut durch solche schamlose Ausbeutung seiner Arbeitskraft — und dann heißt es einfach — so nun wird bloß noch 7—8 Stunden gearbeitet. Ob die Arbeiterschaft das nicht endlich einsehen wird? In Potsdam ist wesentlich das Abreisen der Mitglieder die Ursache des Rückganges, ebenso in Wetzschau. In Stralsund ist es die Beendigung einer Lohnbewegung. Die Vortheile, die die Organisation bringt, werden auch hier mitgenommen, aber Gegenleistung seitens der Arbeiter verweigert. Die Verwaltung Neubamm ist eingegangen, weil die einzige am Orte bestehende Fahrradfabrik Meite gemacht hat, also Alles abreisen mußte, was an Metallarbeitern dort vorhanden war.

Erfreulich ist dagegen die Zunahme in Stettin, die nun seit mehr als Jahresfrist anhält und auch jetzt noch nicht aufhören wird. Allerdings ist hier auch an Agitation viel geleistet worden. In Eberswalde konnte lange Zeit kein Erfolg erzielt werden, doch scheinen nunmehr die Kollegen sich zu rühren. Dasselbe gilt von Frankfurt und Nowawes. Neu errichtet ist die Verwaltung Sorau.

II. Ueber die Arbeitsleistung gibt die nachstehende Aufstellung Nachenschaft. Die in Klammern beigefügten Zahlen ermöglichen den Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1899.

Es wurden 49 (52) Orte besucht und dazu 177 (186) Reisetage gebraucht. Innerhalb des Bezirkes waren davon 44 (41), außerhalb des Bezirkes 5 (11) gelegen. Die Reisetage vertheilen sich wie folgt: Im Bezirk 159 (139), außerhalb des Bezirkes 18 (47). Von den im Bezirk gelegenen Orten wurden am meisten besucht: Torgelow 22 (33) Reisetage, Lauchhammer 20 (13), Stettin 13 (6). Mehr als 3 Reisetage entfielen auf: Cottbus, Eberswalde, Guben, Heegermühle, Köselin, Nowawes, Brenzlau, Rathenow, Steglich, Wetzschau. Außerhalb des Bezirkes entfielen auf Ost- und Westpreußen 14 Reisetage. In welchem Maße Hilfskräfte herangezogen sind, zeigt die nachstehende Aufstellung:

Es entfielen Reisetage:

Auf den Monat	Davon selbst geleistet	Durch Andere
Juli (Januar) 35 (36) 24 (20) 11 (16)		
August (Februar) 20 (27) 14 (24) 6 (8)		
September (März) 31 (25) 27 (20) 4 (5)		
Oktober (April) 35 (27) 22 (19) 13 (8)		
November (Mai) 32 (39) 25 (28) 7 (11)		
Dezember (Juni) 24 (32) 18 (28) 6 (4)		
Gesamt	177 (186)	130 (139)

Daß einzelne Orte sehr häufig besucht werden mußten, geht aus den Ausführungen im Abschnitt I hervor. In Torgelow dehnte sich der Streit noch bis in den Juli hinein aus, und in Lauchhammer mußte zum Mindesten Alles aufgegeben werden, das verlorene Feld zurückzugewinnen zu versuchen. Wenn in den beiden erstgenannten Orten das Gewünschte nur zum Theil oder gar nicht erreicht wurde, wofür die Ursachen angegeben sind, so ist es um so erfreulicher, daß wenigstens in Stettin die Sache wieder vorwärts geht.

Ueber den schriftlichen Verkehr mit den Verwaltungsstellen geben folgende Zahlen Auskunft:

	Post-Eingänge	Ausgänge
im ersten Halbjahr 1899	518	907
im zweiten Halbjahr 1899	447	928

Die Tätigkeit erstreckte sich auf Erledigung der verschiedensten Angelegenheiten. Darüber das Folgende:

Zunächst die Differenzen mit den Unternehmern: In Cottbus hatte die Leitung der Maschinenfabrik, A.-G., eine Art „Kantine“ errichtet, deren Erträge zur Unterstützung erkrankter Arbeiter verwendet werden sollten. Da nun der Gewinn aus dem Umsatz von Lebensmitteln doch nur aus den Taschen der Arbeiter fließt, verlangten diese auch einen Einfluß auf die Vertheilung des Gewinnes. Nach einigen Unterhandlungen wurde das Statut der Unterstützungskasse in diesem Sinne abgeändert. In Wetzschau sind wieder, wie bisher in jedem Nachenschaftsbericht hervorgehoben werden mußte, Maßregelungen erfolgt. Nach Lage der Sache dürfte es zu einem Ausstande bezweigen nicht kommen. Ob die weitere Zuspitzung der Verhältnisse nicht aber schließlich einmal dazu führen wird, ist doch noch sehr fraglich. In Rathenow streikten die Eisarbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit, geringfügige Lohnerhöhungen und unbedeutende Nebenforderungen. Der Streit verlief zu Ungunsten der Arbeiter, woran nur das unkollegialische und unsolidarische Verhalten der Anzahl der Kollegen, insbesondere der Nicht- oder erst kurze Zeit Organisirten die Schuld trägt. Die Beendigung des Torgelower Streiks, der einen erheblichen Erfolg insofern brachte, als nicht nur Aufbesserung der schlechtesten Akkordpreise, sondern auch die Anerkennung der Organisation erzielt wurde, fällt ebenfalls noch in das zweite Halbjahr 1899. Es ist darüber seinerzeit in der Metallarbeiter-Zeitung ausführlich berichtet worden. Die Former der Maschinenfabrik, A.-G., in Cottbus griffen zum Streit wegen fortgesetzter Lohnreduktionen. Der Streit endete mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter. In Driesen a. d. Nege wurde während des Streits der Berliner Metallarbeiter um den 9 stündigen Arbeitstag Streitarbeit für Berliner Firmen angefertigt. Die nähere Untersuchung ergab, daß selbst durch eine Arbeitsniederlegung die Fertigstellung der Streitarbeit nicht zu verhindern gewesen wäre, weil ein Former eigens zu diesem Zweck nach Driesen berufen, mit einigen Beurlaubten die Arbeit herstellte und eben dieser Former nicht

zu bewegen war, die Arbeit einzustellen. Es mußte daher von weiteren Schritten abgesehen werden. In Gassen N. 2. wurde bei der Firma H. K. Leipzig Streikarbeit verrichtet, nach kurzer Arbeitseinstellung kam es zum Vergleich, d. h. die Leipziger Arbeit wurde fortgesetzt. Eine zweite Differenz in Pöschau betraf die Einführung neuer überaus komplizierter Lohnmittel, die die Arbeiter ausfüllen sollten, und wodurch sie beinahe zum Buchhalter avancierten und ihre letzte freie Stunde nach Feierabend dem Herrn Kapitalisten zu opfern hatten. Auch hier wurde durch Unterhandlungen eine Änderung zu Gunsten der Arbeiter erzielt. Maßregelung des Bevollmächtigten fand ferner noch in Driesen statt. Unser Kollege hatte sich schon durch seine Tätigkeit für die Organisation, sodann aber durch das Eingreifen bei der oben erwähnten Differenz (Streikarbeit betreffend) und endlich durch öffentliche Kritik von Werkstellenniständen mißliebiger gemacht. Auch hier wäre ein Streik ausichtslos und daher zwecklos gewesen. In Stegard in Pommern wurde ein Zigarrenarbeiter von seinem Arbeitgeber deswegen gemahnt, weil er als Streikrufer einer Metallarbeiterversammlung fungierte. Der im vorigen Jahrbuchbericht als verloren angegebene Streik der Formier in Rathenow ist nachträglich noch als gewonnen zu betrachten. Die Verhängung der Sperre über die Fabrik hat dazu geführt, daß der Fabrikant keine Formier bekam und schließlich Denjenigen, die angingen, das bewilligte, was er seinen früheren Arbeitern verweigert hatte.

III.

Das Wichtigste, was sonst noch von meiner Tätigkeit zu berichten wäre, ist das Folgende. Es haben in einer Anzahl der Verwaltungen meines Bezirks unermüdete Revisionen stattgefunden. Ich muß erklären, daß sich das als sehr zweckmäßig erweisen hat. Es sind zwar eigentliche Veruntreuungen selten nachgewiesen, oder wo das der Fall ist, Rückstellungen erlangt, aber ich bin sehr vielfach auf eine recht schlechte, mangelhafte Buch- und Geschäftsführung gestoßen, und war so in der Lage, den Kollegen Rathschläge in dieser Richtung zu erteilen und Besserung einzuführen.

Mit Bezug auf meinen Artikel: „Praktische Arbeit“ in Nr. 12 will ich Einiges von den Dingen erwähnen, die ich bei dem Zusammenarbeiten mit anderen Organisationen (namentlich mit dem Gewerksverein Hirsch-Dunder'scher Richtung) recht unangenehm empfunden habe. So haben die Gewerksvereiner in vielen Fällen nicht die nötige Energie entwickelt, die man wohl hätte erwarten können. In Landsberg wurde seit Jahren — wie bereits erwähnt — eine unmenslich lange Arbeitszeit verlangt. Obwohl Schritte dagegen häufig genug unternommen eingeleitet sind, hat es stets an dem Erfolg gemangelt. Die Gewerksvereiner haben in Landsberg die Majorität ihrer Einwirkung könnte sich die Fabrikleitung nicht ganz entziehen. Aber — die Sache ist so lange verzögert worden, bis jetzt das Geschäft so schlecht geht, daß keine 10 Stunden mehr gearbeitet wird. Die Ursache dieser Verzögerung scheint mir darin zu liegen, daß der Gewerksverein unter seinen eigenen Mitgliedern eine Aufklärung über den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit nicht vornimmt und was in früheren Berichten schon erwähnt, die Ortsleiter des Gewerksvereins bei der Firma Bauhoff — die vor Allem in Betracht kommt — hervorragende, besonders gut bezahlte Stellungen einnehmen. Die Furcht, diese Stellungen zu verlieren, hält die Personen der Leitung des Gewerksvereins von wirklich energischen Schritten ab.

Zu derselben Melodie paßt ein anderer Text: Gassen, Firma Hölter, N. 5. Hier tritt das, was oben gesagt wurde, noch viel krasser zu Tage, als sonst irgendwo. Es ist von Vorstandsmitgliedern des Gewerksvereins öffentlich behauptet worden, daß der Direktor Weichardt der genannten Aktien-Gesellschaft Mitglied des Gewerksvereins sei! Es steht ferner, durch Behauptungen aus demselben Munde, fest, daß die Direktion die N. 5. vom Hölter, dem Gewerksverein 100 (Einhundert) Mark zum Geschenk gemacht hat, welche Summe zu „sehr guten Zwecken“ verwendet wurde! Das Alles zu einer Zeit, in der das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit seinen Höhepunkt erreicht hatte! Heute wird in Landsberg und Gassen nur noch 7-8, höchstens 9 Stunden gearbeitet, heute folgen Lohnabzüge auf Lohnabzüge, daß aber die günstige Konjunktur nicht ausgenutzt werden konnte, das liegt daran, daß in beiden Orten der Gewerksverein vollständig verjagt hat! — Noch ein Beispiel. In Schwiebus sollte die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt werden; auf ein diesbezügliches Schreiben an den Gewerksvereins-(Orts)-Komitee geantwortet, warnte ich schon 4 Monate vergeblich auf eine Antwort! — Um meinen eigenen Kollegen nicht zu viel des Guten vorzuführen, muß ich erwähnen, daß in Prenzlau das Verhalten eines der Unrigen dazu führte, daß die Verhandlungen betr. gemeinsames Vorgehen auf Verkürzung der Arbeitszeit gescheitert sind. Dies wollte ich denjenigen zur Kenntnis geben, die da dem Wahnsinnigen, als ob ich anbehalten, was nun hier und da einen Scheinern zu erziehen, mit dem Gewerksverein paktieren. Da wo die Kritik angebracht ist, werde ich niemals davon zurückweichen. Im Gegentheil ich hoffe gerade durch schmerzliche Kritik die Kollegen vom Gewerksverein zu einem andern Vorgehen in dieser oder jener Angelegenheit zu veranlassen.

Meine Tätigkeit hat sich außer dem schon Besprochenen noch anderweit angrißvoll auf einige Orte erstreckt. Hierunter nenne ich Stettin (Bewegung der Klempner), Pöschau (Bewegung der Arbeiter des Sulkan), Köslin (10 stündige Arbeitszeit und Lohnabzüge für alle Beschäftigten) und Potsdam (10 Stundenarbeit für die Schmiede). Die Bewegung der Klempner Stettins kommt in diesem Jahrbuch zum Ausdruck. Ueber den Verlauf der Bewegung auf dem Sulkan ist schon im Voraus berichtet. Die Metallarbeiter von Köslin haben die Forderungen eingereicht, die Potsdamer Schmiede ebenfalls Erfolg erzielt. Ferner sind noch kurz vor Schluss der Berichtzeit die ersten Schritte getan, um die 10 stündige Arbeitszeit in Cottbus allgemein einzuführen, die bisher nur die Maschinenfabrik N. 5. bewilligt hatte.

Die Buchhausverwaltung macht es unheimlich, den Kollegen zu erörtern, daß der Fall „Langelow“ nicht gegen die Realisationsfreiheit ausgenutzt werden kann. Es wurde mir die Aufgabe gestellt, eine Denkschrift anzufertigen, die die Sache ins rechte Licht stellt. Die Denkschrift ist fertiggestellt, was aber nicht an das Licht der Öffentlichkeit, weil der Bericht des Reichstages vom September kurz vor Hand verfiel. Heber alles dies hinaus kommen eine Reihe von Sitzungen, Besprechungen und Beschlüssen, die hier nicht weiter zu erörtern nöthig sind.

Nur eines noch muß ich zur Heberzigung aller Verwaltungen empfehlen. Zunächst ist es eine unerläßliche Nothwendigkeit, daß alle persönlichen Zwistigkeiten aus den Versammlungen verbannt werden. Ferner fehlt es an geeigneten Kräften, die willig sind, das auszuführen, was an Arbeit geleistet werden muß. So mancher Kollege meint, er sei nicht befähigt, diese oder jene Arbeit zu verrichten. Da werden dann Aemter als Bevollmächtigter, Revisor u. von einer Anzahl Personen abgelehnt; statt daß einer mal den Versuch macht, sich in solch ein Amt einzuarbeiten, bleiben Personen an der Spitze, die alles Andere nur nicht befähigt sind, oder wenn sie befähigt sind, die Lust und Liebe nicht haben, mit Energie für das Verbandsinteresse zu arbeiten.

Mit dieser Mahnung an die Kollegen schließe ich meinen Bericht. Es ist eine unerläßliche Nothwendigkeit, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse weiter durchzuführen. Daran kann und muß jeder Kollege mitarbeiten. Durch Kampf zum Sieg!
G. Rohrlad.

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Deutschlands Eisen- und Eisenwareneinfuhr belief sich 1899 nach genauen Ermittlungen auf 889,889 Tonnen (1898: 523,808). Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge wurden 150,499 (101,155) eingeführt. Hauptbetriebsmittel waren England mit 854,851 T. Eisen und Eisenwaren und 42,769 T. Maschinen u.; Frankreich mit 56,513, bezw. 3909 Tonnen, Schweden mit 33,883 bezw. 461 T., S. St. von Nordamerika mit 30,709 bezw. 19,213 T. und Belgien mit 18,463 bezw. 10,810 Tonnen. Der gesammte Werth der Einfuhr betrug 100 1/2 Millionen Mark (1898: 68 1/2 Mill. Mark) für Eisen- u. Eisenwaren und 75,854,000 (60,750,000 Mk.) für Maschinen u.; 4,165,972 Tonnen Eisenerze wurden eingeführt, davon aus Spanien 1,844,769, Schweden 1,476,743, Oesterreich-Ungarn 929,705 Tonnen. Man sieht, welche vielfachen Beziehungen die Kulturländer zu einander haben. Eine Zollpolitik, wie sie von unseren Agrikultoren im Interesse der „nothleidenden Landwirthe“ förmlich gefordert wird, hätte zur Folge unabsehbare Zollkriege mit den Staaten, auf deren Produkte unsere Industrie angewiesen ist.

Ueber die Nickelproduktion in Kanada sagt der amtliche Bericht: Kanada besitzt reiche Nickelvorkommen. Sie wurden 1883 bei einem Bahnbau entdeckt in der Provinz Ontario. Gebeutert wurden (in Tonnen) 1892: 72,300, 1898: 128,900 Nickel. Daraus wurden gewonnen 1892: 10,947, 1898: 25,024 Doppelzentner reines Nickel. Kanadas Nickelindustrie liefert 30-40 Prozent der Weltproduktion, welche durchschnittlich auf 40-50,000 Doppelzentner geschätzt wird. Die Nickelproduktion erlangt neuerdings erhöhte Bedeutung in Folge der Herstellung der sog. Nickelstahlpanzerplatten (Krupp), die zur Armirung der Torfs und Kriegsschiffe verwendet werden. Die kanadische Regierung ist geneigt, die Ausfuhr des Nickels mit einem Zoll zu belegen.

Die englische Kohlenverzeugung belief sich 1899 auf 9,544,204 Tonnen gegen 8,819,968 im Vorjahre. Die Distrikte Schottland, Durham und Cleveland lieferten allein nahezu 50 Proz. der Produktion.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß in örtlichen Verwaltungsstellen kleinere und größere Beträge in Geld- und Quittungsmarken durch Gelegenheitsdiebstähle abhanden gekommen sind. In mehreren derartigen Fällen war es reichlich möglich, den Thäter zu ermitteln oder überhaupt Jemand dafür zu belangen, weil der Kassier nicht über einen einzigen verschließbaren Kasten verfügte. Das Geld sowie die Quittungsmarken wurden entweder in einer Schachtel auf der Kommode oder im Kasten oder sonstigen unverschließbaren Kästen aufbewahrt, die nicht die mindeste Sicherheit gegen Entwendung boten.

Diese Sachlage und namentlich die in letzter Zeit mehrfach gemeldeten Fälle von gelegentlichen Entwendungen veranlassen den Vorstand zur Anschaffung von eisernen, mit Sicherheitschloß versehenen Kassetten mit Aufschießboden für die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten. Wir ersuchen daher diejenigen Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten, die solche Behälter noch nicht besitzen, uns dies umgehend mitzutheilen, damit ihnen solche zugestellt werden können. Die diesbezügliche Mittheilung bitten wir auf einen besonderen Zettel oder eine besondere Postkarte zu schreiben.

Wir machen an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten, die nach unserer Annahme schwerlich im Besitz einer Kassette sind, noch keine solche bestellt haben und ersuchen diese, ihre Verhältnisse möglichst zu beklären, damit auch wir unsere Verpflichtungen unserem Dienstvertrauen aufgeben können.

Der Vorstand der Kassetten kann erst nach Oben beginnen.

Dem? Richard Jäger, geboren zu Schönan am 4. Septbr. 1860, B.-Nr. 32987 werden von der Verwaltungsstelle N. 5. verschiedene auch gegen Verbandsmitglieder ausgeübte Schandthaten zur Last gelegt und damit ein Antrag auf Ausschluß gegen ihn begründet. Da sein Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist, ersucht hierdurch an ihn die Aufsuchung, sich gegen diese Anschuldigungen zu verantworten und sich dabei zu bemerken, daß der Vorstand dem von der Verwaltungsstelle N. 5. gestellten Antrag Folge geben wird, wenn seitens Jägers noch einmaliger Wiederholung dieser Aufsuchung eine Bestätigung nicht erfolgt.

Gewarnt wird vor dem Formier Reich Kämpfe, geb. zu Einbach i. S., welcher sich als Gewerksregler ausgibt und dadurch die Kollegen zu täuschenden sucht.

Um Angabe seiner Adresse wird der Schlosser Carl Brandt, geb. am 1. Oktober 1859, B.-Nr. 218150 gebeten. Zweckdienliche Mittheilungen über seinen jetzigen Aufenthalt sind erwünscht.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formier.

Offenbach a. M. „Der Gegensatz zwischen christlichen Gewerkschaften und modernen Gewerkschaften“ lautete das Thema, über das Genosse Dejung, Frankfurt am 8. April in einer öffentlichen Formerversammlung im Saale „Zu den drei Königen“ in fast 1/2 stündigem Vortrag referirte. War die Versammlung anfänglich nur von Anhängern der modernen Gewerkschaften besucht, so kamen aber bald, nachdem eine kurze Pause gemacht war, auch Mitglieder der christlichen Gewerksvereine mit ihren Wortführern, so daß immerhin an 80 Personen anwesend waren, was in Anbetracht der zu gleicher Zeit stattfindenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung nicht gerade als schlechter Besuch bezeichnet werden konnte. Der Referent führte etwas Folgendes aus: Das heutige Thema sei geradezu modern geworden. Während man sonst oft genug den Vorwurf machte, daß die sozialdemokratischen Redner von Arbeitergroßen lebten, sehe man heute, daß auch die christlichen Agitatoren von auswärts geholt würden und nicht von der Luft leben könnten. Die wirtschaftlichen Zustände hätten die Gründung der Gewerkschaftsorganisationen zur Folge gehabt, die auf ihre Fahne die Erringung besserer Arbeitsbedingungen geschrieben hätten. Die vielfach gebrauchte Behauptung, daß die Gewerkschaften als solche sozialdemokratisch seien, treffe auch nicht zu, denn in den Statuten derselben seien religiöse und politische Erörterungen ausgeschlossen. Wer sich politisch betheiligen wolle, könne diesem Bedürfnis in speziell dafür geschaffenen Vereinen genügen. Der sich immer mehr entwickelnde Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter gegenüber ist das Unternehmertum nicht mäßig geblieben, sondern hat sich namentlich auch in letzter Zeit enger zusammengeschlossen, um die Arbeiter niederzuhalten und deren so viel geschmähte Begehrlichkeit zu dämpfen. Während früher Bischof Ketteler von Mainz in Bezug auf Arbeiterfragen zum Theil noch ganz gesunde Ansichten entwickelte, kommen heute seine Nachbeter mit der Gründung von Gewerkschaften, die in christlichem Sinne die Lösung der Arbeiterfrage betreiben, nur mit dem Unterschiede, daß ihnen das Verständnis Kettelers dafür abgehe. Kein materielle Interessen spielen heute die ausschlaggebende Rolle. Der Gegensatz zwischen christlichen und modernen Gewerkschaften sei nur ein künstlich erzeugter, veranlaßt von Personen, die besondere Zwecke damit verfolgten. Was die christlichen Führer in der Praxis leisteten, haben die Ergebnisse am Biesberg, beim Seidenweberstreik in Krefeld und an anderen Orten gezeigt. Wo es galt, offen Farbe zu bekennen, habe man nur den Arbeitern geschadet. Mit dem geringen Beiträgen der Christlichen sei nicht viel anzufangen. Die Erziehung des Arbeiters hinge heute sozusagen in der Luft; es sei daher nöthig, durch Verkürzung der Arbeitszeit dafür zu sorgen, daß alle Brod belämen. Wer heute noch besondere Vereine gründet, der ahnt nicht, wenn er dies unbewußt thut, welchen eminenten Schaden er der Arbeiterbewegung zufügt. Als Beispiel der Arbeiterfürsorge der Konfessionspartei im Reichstage führt Redner den Antrag an, auf Einführung des 11 stündigen Normalarbeitstages an. Für die Erziehung der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner könne man doch noch entschuldigungslos anführen, daß dieselbe vor den anderen Gewerkschaften gegründet wurden, während dies bei den christlichen Vereinen der Neuzeit doch in Wegfall komme. Merkwürdig sei es auch, daß die christlichen Arbeiterführer eine doppelte Agitationsweise zu befolgen scheinen, denn während man in Orten wie Frankfurt, Offenbach u. sich einen anständigen Anstrich gäbe, drohe man in der Fußbaue gegen mit Hinauswerfen und anderen Sachen. Redner schließt seinen Vortrag mit der Aufforderung an die hiesigen Formier, sich zusammenschließen zu einem Wall gegen jede Unterdrückung. In der Diskussion spricht zuerst Herr Trämer (Christl. Verb.), der die ersten Ausführungen des Referenten vollkommen unterschreibe. Es sei jedoch Thatsache, daß hier christliche Arbeiter terrorisiert worden seien, auch wisse er den Vorwurf der Reklamationen gut, denn er selbst sei schon für seine Mitarbeiter eingetreten. Der Streik sei bei ihnen erst das letzte Mittel, wenn in Götze nichts zu erzielen sei. Auch sei es nicht wahr, daß Geistliche Mitglieder ihrer Organisationen seien. In Gewerkschaftsbibliotheken gäbe es Bücher über Darwins Theorie nicht; auch gäbe es in den Bibliotheken der christlichen Gewerkschaften keine Gebetsbücher u. In längeren Ausführungen erwidert Referent Dejung, der das mehr vorher Gesagte als leere Redensarten bezeichnet. Daß die so verschiedenen modernen Gewerkschaften Toleranz zu üben verständen, bewiese die beschlossene Einführung der Proportionalwahl bei der Frankfurter Ortskrankenkasse und dem Gewerksgerichte. Der Trumpf, daß dem Centrum das Verdienst an dem Zustandekommen der Arbeiterschutzgebung gebühre, sei kein Fehler, denn an dem Centrum hätte es gelegen, aus diesen Gelegenheitsfällen etwas Besseres zu schaffen, was es aber nicht bereit habe. Ortlieb, der früher noch an die Ehrlichkeit der Christlichen geglaubt hat, zeigt an einem Fall in Frankfurt, daß dort in die Zigarrenarbeiter-Organisation ein Keil durch diese Leute getrieben wurde. Genosse Karterkeig vertritt den Standpunkt der modernen Gewerkschaften; u. A. behauptet Redner, daß das Eintreten des Herrn Ketteler für seine Mitarbeiter nicht so weit her sein könne, denn sonst hätte er es f. Bt. nicht abgelehnt, eine Dose zu unterschreiben, in der um Einführung einer Verbesserung in der Fabrik Hölter ersucht wurde. Das sind

Genossenschaft selbständiger gelernter Metallschlägermeister gebildet hat. Was die Herren mit ihrem Zusammenhluß bezwecken wollen, liegt bis jetzt noch im Dunkeln...

Mainz. Am 8. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der über die zu stellenden Forderungen berathen wurde. Kollege Liebmann referierte zunächst über die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter...

Hessen. Bei der Wahl des Gewerkschaftsrathes der hiesigen Zwangsammung der Schlosser und verwandten Berufe wurde unser Kandidat Herr Schmitt als Abgeordneter gewählt...

Bayern. Am 31. März fand hier eine gutbesuchte allgemeine Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Die wichtigste Forderung der Metallarbeiter...

Kampfesweise der hiesigen christlichen Arbeiterkämpfer. Nach Bekanntwerden unserer Versammlung berief Herr Nidel, Führer des Vereins 'Christlicher Arbeiterklub' auf den gleichen Samstag in die Jakobinerkirche eine Versammlung mit der Weisung ein an die Mitglieder...

Feilenhauer.

Leipzig. Eine öffentliche Feilenarbeiterversammlung tagte am 1. April im 'Loburger Hof' mit der Tagesordnung: Der Feilenarbeiterstreik bei der Firma Weber. Den Situationsbericht erstattete ein streikender Kollege...

Stel. Auch der Feilenhauermeister Kern in Preetz hat sich zu einer Unterhandlung herbeigelassen, die zu einer Einigung führte. Die Forderungen wurden in dem Sinne bewilligt, daß die 9 1/2 stündige Arbeitszeit vom 1. April und die 9 stündige vom 1. Juli ab eingeführt werden sollte...

Zinngießer.

München. Am 8. April fand hier in der 'Rumfordhalle' eine öffentliche Zinngießerversammlung statt, die sich mit der Tagesordnung beschäftigte: 1. Sind die Vorkommnisse im Betriebe von R. Bauernfreund für die organisierten Gehilfen Münchens ohne Nachtheil? 2. Wie ist die Lage der Zinngießer in der gegenwärtigen Zeit?...

Bericht von der Landes-Konferenz der Metallarbeiter von Baden, Elsaß und der Pfalz.

(Abgehalten in Durlach im 'Alten Fritz' am 1. April 1900.)

Der Vertrauensmann Kleemann eröffnete um halb 11 Uhr die Konferenz mit einer kurzen Ansprache. Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Anträge. 3. Wahl des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.

In das Bureau werden gewählt: Ch. Schneider-Mannheim als 1. Vorsitzender, Bretschneider-Karlsruhe als 2. Vorsitzender, Fahn-Mannheim und Schindler-Heidelberg als Schriftführer.

Die Konferenz beschließt, den Vertreter der Silberarbeiter von Pforzheim an den Verhandlungen Theil nehmen zu lassen. - Bretschneider verlas hierauf das Protokoll von der vorjährigen Konferenz und wurde dasselbe ohne Widerspruch angenommen. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab, daß 26 Orte durch 40 Delegirte vertreten sind...

Koll. Kleemann erstattete zum 1. Punkt Bericht. (Wir verweisen diesbezüglich auf Nr. 10 der D. M. Z., ebenso bezüglich Kassenbericht auf Nr. 9 der D. M. Z.) Der Bericht erstatter. Zum Schluß erklärte Kollege Kleemann, die Konferenz möge dem Vertrauensmann eine neue Richtschnur zur Agitation geben, daß es demselben erlaubt würde, Unter-Vertrauensleute zu ernennen...

Groß-Freiburg erklärte sich mit den Ausführungen Kleemanns einverstanden. Flohr-Durlach bittet, die Gelder früher einzusenden, damit die Abrechnung rechtzeitig erfolgen könne. Bretschneider-Karlsruhe bemängelt, daß der Vertrauensmann nicht energisch genug eingetreten sei...

Es sprachen noch die Kollegen Sauer-Karlsruhe, Giroile-Bruchsal, Fahn-Mannheim, Wed-Frankenthal und Wolf-Karlsruhe. Letzterer wünscht die Anstellung eines Kassiers.

Flohr-Durlach stellt den Antrag auf Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes. Der Antrag wird zurückgestellt. - Köhler-Rastatt, Sauer, Heide, Haberstroh und Fiske sind mit der Thätigkeit des Vertrauensmannes einverstanden. Steinkamp-Etlingen glaubt, für das ausgegebene Geld hätte Kleemann mehr leisten können.

Damit schloß die Vormittags-Sitzung.

Nachmittags-Sitzung.

Dieselbe wird um 3 Uhr eröffnet. Es folgt nun die Berathung von Punkt 2: Anträge. Zuerst kommen die Anträge von Freiburg und Frankenthal zur Sprache, die sich mit dem Antrag Flohr auf Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes decken.

Die Kollegen Steiner, Bischer, Rothhammer und Groß sprachen über örtliche Verhältnisse. Für den Antrag sprachen die Kollegen Sauer, Daub, Riehn. - Kollege Werner als Vertreter des Hauptvorstandes bekräftigt die Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes, er hält die Kosten dafür für zu hoch. Bei dem Vertrauensmann für Brandenburg und Pommern sei das ein anderes Verhältniß...

Der Antrag Gutmann: Die Konferenz möge beschließen: die einzelnen Ortsverwaltungen sind verpflichtet, die Berichte schriftlich dem Vertrauensmann zu übergeben und müssen dieselben spätestens bis 1. Mai i. J. in seinen Händen sein - wird angenommen.

Der Antrag Jahn: Bei demnächst stattfindenden Konferenzen ist außer dem Mandat das Mitgliedsbuch als Legitimation vorzulegen - wird angenommen.

Antrag der Zahlstelle Mannheim: Die Konferenz soll nicht jedes Jahr, sondern nur, bevor die ordentliche Generalversammlung des Verbandes tagt, stattfinden. Der Vertrauensmann hat halbjährlich einen Bericht in der Zeitung erscheinen zu lassen. - Angenommen.

Der Antrag der Verwaltung Lambrecht, die Konferenz auf zwei Feiertage zu verlegen, wird abgelehnt.

Der Antrag: Von Zeit zu Zeit Aufnahmen von Lohnstatistiken zu veranlassen, wird dem Vertrauensmann überwiesen.

Der Antrag Neustadt a. S.: Für den Bezirk Baden, Elsaß und Pfalz ein gemeinschaftliches Volksfest abzuhalten - wird abgelehnt.

Antrag Köhler: In Bezug auf Agitation Rastatt und Umgebung mehr zu beschäftigen - wird angenommen.

Als Vertrauensmann wurde Kollege Kleemann einstimmig wiedergewählt. Bei Verschiedenes stellt Riehn-Mannheim einen Antrag betreffs Alkoholmißbrauchs. Derselbe wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Fahn-Mannheim beantragt, dem Kollegen Kleemann aus der Hauptkassse 100 M. zu bewilligen. - Angenommen. Als Ort der nächsten Konferenz wird Rastatt be-

stimmt, im Falle Vorkommens kann der Vertrauensmann den Ort bestimmen. Der Vorsitzende Schneider schloß hierauf mit einem Hoch auf den D. M. B. um 6 1/4 Uhr die Konferenz.

Technisches.

Hohe Schornsteine. Nach Mittheilungen der Zeitschrift des bayerischen Dampfesselsrevisions-Vereins ist der 140 Meter hohe Schornstein der Halsbrüder Hütte bei Freiberg i. S. noch immer die „höchste Gasse“ der Welt. Sie hat oben 2,5 Meter lichte Weite und 25 Zentimeter Wanddicke. Unten beträgt die lichte Weite 5,25 Meter und die Wanddicke 1,5 Meter. Ihr kommt in der Höhe am nächsten der Schornstein der Mecklenburger Bleihütte bei GutsMuths an der Eisenbahn Köln-Trier. Er ist 134 Meter hoch und hat oben 3,5 Meter, unten 7,5 Meter äußeren Durchmesser. Hinter diesen beiden Riesen bleibt der kürzlich erbaute Dampfeschornstein der für die elektrische Zentrale der Metropolitan Street Railways Company in New-York mit seiner Höhe allerdings zurück, dagegen hat er eine von unten bis oben sich gleichbleibende lichte Weite von 6,71 Meter, sodas der zylindrische Hohlraum des ganzen Schornsteins bei einer Grundfläche von 35,3 Quadratmeter einen Rauminhalt von 3783 Kubikmeter hat. Der äußere Durchmesser dieses Schornsteins beträgt oben 7,22 und unten 11,84 Meter, die Wanddicke demnach oben 0,5, unten 2,6 Meter, die jedoch in dem Theile von 27 bis 104 Meter Höhe einen ringförmigen Hohlraum einschließt, innerhalb dessen Außen- und Innenwand durch zahlreiche Rippen verbunden sind. Das Grundmauerwerk des Schornsteins, der etwa 8700 Tonnen wiegt, ruht auf 1300 Stück 4,6 bis 12 Meter tief eingegrabenen Pfählen mit Zementbetonde. Die Krastanlage ist für eine Höchstleistung von 70000 P. bestimmt und die Schornsteinhöhle würde für das stündliche Verbrennen von 52 Tonnen Kohlen oder für den Verbrauch von 0,743 Kilogramm Kohlen auf die Pferdestärkenstande berechnet sein.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zum Streik der Klempner und Installateure in Köln kam vor dem dortigen Schöffengericht zur Verhandlung. Ein Installateur und ein Monteur waren angeklagt. Der erstere, andere Klempner durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht zu haben, der Streikbewegung beizutreten; der letztere, als Streikposten andere Arbeiter belästigt und dadurch großen Unfug verübt zu haben. Während des Streiks waren beim Meister Recht an der großen Neugasse noch drei Arbeiter beschäftigt. Die Angeklagten, die Streikposten standen, suchten diese zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Der erste Angeklagte soll zu ihnen gesagt haben: „Ihr seid Stümper, Ihr habt keinen Muth.“ Der Zeuge Schüller erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, er habe bei Recht 4,80 M pro Tag verdient. Ein anderer Zeuge sagte, er verdiene 4,50 M täglich. Zeuge Schüller bekundet weiter, er habe schon vor dem Streik 5 M täglich verdient. Für sein Weiterarbeiten während des Streiks habe er eine Ertragsvergütung bekommen. Der Staatsanwalt hob hervor, daß die Arbeitswilligen unter allen Umständen geschützt werden müßten. Es sei eine exemplarische Strafe am Plage. Er beantrage gegen den angeklagten Installateur drei Wochen Gefängniß, gegen den Monteur 10 M Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen den Installateur auf einen Monat Gefängniß, gegen den Monteur auf 10 M Geldstrafe. Der erstere Beurtheilte habe dem arbeitenden Kollegen Feigheit vorgeworfen und ferner, daß er sein Handwerk nicht verstehe, zum Schutz der Arbeitswilligen sei eine strenge Strafe am Plage.

Sonderbar ist an dieser Verhandlung, daß zwei als Zeugen vernommene Gesellen des Meisters Recht, einer der Meister, die sich am Entschiedensten gegen die Bewilligung der Forderungen der Ausständigen sträubten, bekundeten, 4,50 M pro Tag, der andere 4,80 M pro Tag verdient zu haben, während die Forderung der Streikenden nur auf Gewährung eines Tagelohnes von 4,50 M für selbstständige, und auf 3,50 M für solche Gehilfen lautete, die ihre Lehrzeit erst zwei Jahre hinter sich hätten. Sonderbar, sehr sonderbar! Sollte Herr Barthel Recht sich am Ende gar nur deshalb gestraußt haben, mit den Ausständigen in Unterhandlung zu treten, weil er fürchtete, dann den Lohn seines Gehilfen Schüller um 30 P pro Tag kürzen zu müssen und dies seinem arbeiterfreundlichen Herzen zu nahe gung?

Die wüßbegierige Polizei. In Halle wird jetzt die Polizei auch unterrichtet sein von dem, was in den Vorstandssitzungen des Metallarbeiter-Verbandes unternommen wird. Genosse Scheling hatte im Januar eine solche Sitzung in einem Restaurant abgehalten und dazu selbstverständlich die Polizei nicht eingeladen. Diese fühlte sich nun verletzt und erhob Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, weil eine polizeilich nicht angemeldete „Versammlung“, in der man öffentliche Angelegenheiten erörterte, abgehalten sein sollte. Vor dem Schöffengericht, das die Sache zu entscheiden hatte, beantragte der Amtsanwalt gegen Scheling 15 und gegen Schneckenburger 20 M Geldstrafe. Das Gericht überzeugte sich aber von der Haltlosigkeit dieser Anklage und sprach beide Angeklagte frei.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Der dritte Kongress der Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereine Oesterreichs ist einberufen und findet vom 11. bis zum 14., ev. 15. Juni d. J. in Wien statt.

Der Verband deutscher Klempner-Zunungen hält seinen Verbandstag am 17., 18. und 19. Juni d. J. in Dresden ab.

Generalversammlungen hielten während der Osterferien folgende Gewerkschaften ab: Textilarbeiter-Verband zu Göppingen; Bergarbeiter-Verband zu Altenburg; Verband der in Gemeinbetriebenen tätigen Arbeiter zu Berlin; Verband der Feiler und Maschinisten zu Nürnberg; Verband der in Buchbindereien z. beschäftigten Arbeiter zu Berlin; Holzarbeiter-Verband zu Nürnberg; Lagerhalter-Verband zu Magdeburg; Verband der Sattler, Tapezierer z. zu Berlin; Verband der Bergolber und verwandten Berufsgenossen zu Brandenburg; Verband der Schuhmacher zu Magdeburg.

Rundschau.

Die „Fühnmänner“ nehmen Stellung zur Mai-feier. Der Verband der Eisenindustriellen versendet folgenden Rundschreiben: „Hamburg, den 6. April 1900. Herrn... Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs hat in seiner Verbandsversammlung am 5. d. M. beschloffen, am 1. Mai feiernde Arbeiter erst nach Ablauf von 10 Tagen wieder einzustellen. Die in ihrem Betrieb am 1. Mai feiernden Arbeiter dürfen daher nicht vor dem 11. Mai wieder eingestellt werden. Von etwa eintretenden Störungen in Ihrem Betrieb wollen Sie dem Verband der Eisenindustrie, Kraienkamp 44, unverzüglich Anzeige machen.“

Hochachtungsvoll
Verband der Eisenindustrie Hamburgs
Der Vorstand. Thellow.

Als Antwort, daß die Arbeiter sich einen Feiertag erlauben, bitten die Unternehmer eine zehnmal längere Aussperrung. Wollen Sie damit ihre hochmüthige Geringschätzung der Arbeiter ausdrücken?

Zeugengebühren für Arbeiter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches ist von einzelnen Gerichten erklärt worden, daß den als Zeugen vorgeladenen Arbeitern Zeugengebühren nicht mehr ausbezahlt würden, weil der Arbeitgeber ihnen auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches einen Lohnabzug wegen Zeitverräumniß in Folge Erscheinens an der Gerichtsstelle nicht machen dürfe. Wegen diese Auslegung und Anwendung des Gesetzes, welche zu einer Entlassung der Staatskasse auf Kosten der Arbeitgeber, in manchen Fällen auch der Arbeitnehmer führt, ist vielfach Widerspruch erhoben worden. Jetzt hat, wie wir der Sozialen Praxis entnehmen, das Landgericht Düsseldorf entschieden, daß auf Grund dieser Bestimmung die Zeugengebühr nicht verweigert werden dürfe, weil die Verpflichtung zur Entrichtung solcher Gebühren von der sich nur auf die Verhältnisse der Arbeiter zu den Arbeitgebern beziehenden Vorschrift des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches gänzlich unabhängig und eine Aenderung insoweit nicht eingetreten sei. Diese Entscheidung entspricht dem Gesetze, und es kann dieserhalb den als Zeugen geladenen Arbeitern, welchen die Zeugengebühr mit Bezug auf § 616 verjagt wird, nur empfohlen werden, den Weg der Beschwerde hiegegen zu betreten.

In der Spitze der Sozialreform soll bekanntlich Deutschland marschieren. Dabei läßt man sich fortwährend von anderen Staaten überreffen. Das Arbeiterssekretariat in Halle erhielt vom Arbeitsstatistischen Amt in Wien — einer Einrichtung, die man bei uns auch noch nicht kennt — folgendes Schreiben:

Für die Zwecke einer Arbeit über die Errichtung und bisherige Thätigkeit der verschiedenen Arbeiterssekretariate und Arbeiterkammern erlaube ich mir das höfliche Ersuchen zu stellen, mir die hierorts noch fehlenden dortigen Statuten, Geschäftsordnungen, Jahresberichte und sonstigen Publikationen übersenden zu wollen, wofür ich im Voraus meinen verbindlichsten Dank abstatte.

Wie aus dem Schreiben hervorgeht, hat die österreichische Behörde die sozialpolitische Bedeutung der Arbeiterssekretariate erkannt und widmet ihnen die gebührende Beachtung. In Deutschland werden diese und ähnliche Arbeitersschöpfungen fast ausnahmslos von polizeilichen Gesichtspunkten aus betrachtet und als Einrichtungen zur Verhütung der Arbeiter behandelt.

Der Boykott ist keine rechtswidrige Handlung und verpflichtet nicht zum Schadenersatz, so entschied das Reichsgericht in einer Hamburger Sache, die aus der Zeit des 1898er Hamburger Bäckerstreiks herstammte und 1 1/2 Jahre zu ihrer Erledigung bedurft hat.

Neue Aussichten! Der Verband der Fabrik-, Band- und Hilfsarbeiter Deutschlands, der seinen Sitz in Hannover hat, zählt zur Zeit 156 Zahlstellen und 14.603 Mitglieder. Die Zahlstelle Hannover respektive deren Vorsitzender erhielt nun vom dortigen Polizeipräsidenten folgende Verfügung: „Der Verband, dessen Sitz Hannover ist, bezweckt nach § 2 seines Statuts die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder, mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung. Er will diesen Zweck erreichen u. A. durch die Regelung des Arbeitsnachweises und des Verkehreswesens und durch die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Verband bezweckt somit eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes. Ich fordere Sie auf, mir binnen 10 Tagen ein Verzeichniß sämtlicher Angehöriger des Verbandes einzureichen, gleichgiltig, ob der Verband direkt oder durch einen Vertrauensmann vermittelt einer Zahlstelle mit ihnen verkehrt. Namen, Stand, Gewerbe und Wohnort der Mitglieder sind anzugeben.“ — Nach verschiedenen ergebnislosen Reklamationen und Beschwerden verjagte es der Vorsitzende mit einer Klage beim Obergerichtspräsidenten in Berlin. Dieses wies jedoch die Klage zurück und sieht die schriftliche Begründung noch aus. Dieser Ausgang der Sache ist von größter Tragweite für die Gewerkschaften, denen damit nur neue schwere Hindernisse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen.

Sozialpolitisches aus Bayern. Eine Novelle zum bayerischen Polizeistrafgesetzbuch, über die der bayerische Landtag zu befinden hat, verfolgt der „Sozial-Korr.“ zufolge den Zweck, die gesetzliche Unterlage für ein Vorgehen in Bezug auf das Wohnungswesen zu schaffen. Auf Grund dieser Novelle sollen die Kreisregierungen genauer im Einzelnen ausgearbeitete Bestimmungen nach den besonderen Bedürfnissen und Verhältnissen ihrer Regierungsbezirke treffen, ebenso die Ortspolizeibehörden, z. B. der größeren Städte und der Fabrikorte. Konstatirte Uebelstände sollen dann beseitigt, ungeeignete Wohnungen geräumt, übermäßige Belegung herabgemindert werden. Den Wohnungsinpektoren soll das Recht eingeräumt werden, auch gegen den Willen der Vermieter und Mieter die Wohnungen zu betreten.

Eine bemerkenswerthe Einrichtung sozial-politischer Charakter. Es ist nämlich das Genuß- und Erholungsheim Bad Nöthenbach bei Nagold im Eigenthum und Selbstbetrieb der Versicherungsanstalt Württemberg eröffnet worden. Das Heim soll erstens Rekonvaleszenten aufnehmen, zweitens solche Versicherte, bei denen es sich um klimatische, diätetische und ähnliche einfachere Kuren handelt.

Wie es gemacht wird. In einer Werkzeugmaschinen-Fabrik an der Zwickauerstraße in Chemnitz bezugsrückte vor einigen Wochen ein Gebrüderling darüber, daß er von einem Hobelmaschinenschleifer gegen dort Lagernde Drehbankswangen gedrückt wurde, da die Steuerung versagt hatte. Als nun in den letzten Tagen die Maschine von einem behördlichen Beamten besichtigt wurde, war der Sohn des Fabrikanten sowie ein Meister der betreffenden Fabrik zugegen, die es dem Hobler, der die Maschine bediente, nicht gestatten wollten, dem Beamten vorzuführen wie die Steuerung versagte. Als die Besichtigung beendet und der Beamte sich entfernt hatte, kam der betreffende Meister und gab dem Arbeiter die Entlassung, indem er sagte: „Lassen Sie den Dreck stehen, Sie brauchen gar nichts mehr zu machen.“ Welche Wahrheitsliebe des Unternehmertums? Sobald sich ein Arbeiter erlaubt, Jemanden über bestehende Uebelstände im Betriebe Mittheilung zu machen, so wird er auf das Pflaster geworfen.

Zum Pariser Arbeiterschulkongress, der vom 25.—29. Juli unter den Auspizien des französischen Handelsministeriums tagen wird, wurden die Einladungsbriefe in den letzten Tagen versandt. Das Programm lautet:

1. Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit. Vergleichende Uebersicht über die Gesetzgebung. — Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit für Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer. — Wünschenswerthe Fortschritte u. Reformen. — Ist die Begrenzung der Arbeitszeit durch ein gleiches gesetzlich festgestelltes Maximum in den hauptsächlichsten Industriezweigen zu erwarten und zu erstreben?

2. Das Verbot der Nachtarbeit, Folgen der Nachtarbeit. Verbot der Nachtarbeit in der Gesetzgebung der verschiedenen Länder. — Kann man die Nachtarbeit für alle Kategorien von Arbeitern (Kindern, Jugendliche, Frauen und Männer) unterlagen? — Würde ein solches Verbot Ausnahmen für bestimmte Industrien mit sich bringen? — Ist eine internationale Vereinbarung für die Unterdrückung der Nachtarbeit erforderlich?

3. Die Gewerbe-Aufsicht. Die verschiedenen Organisationen der Gewerbe-Aufsicht in den einzelnen Ländern. — Vorzüge und Nachteile dieser Organisationen; erzielte Ergebnisse. — Mitwirkung der Arbeiter an der Gewerbe-Aufsicht, Hilfsinspektoren, gewählte Arbeiterdelegirte, Kontrolle durch Gewerksvereine.

4. Internationale Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschutz. Ueber den Nutzen einer solchen Vereinigung und ihre Aufgaben.

Litterarisches.

Den zweiten Jahresbericht gibt das Münchener Arbeiterssekretariat, dem der Bericht des Münchener Gewerkschaftsvereins angefügt ist. In Anspruch genommen wurde im Jahre 1899 das Sekretariat von 7851 Personen, darunter 1222 weibliche. Die Auskunftsverteilung erstreckte sich überwiegend auf das Gebiet der Arbeiterversicherung und die Konflikte aus dem Arbeitsvertrag. Vielfach mußte sich das Sekretariat mit Bürger-, Heimathrechts- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten befassen, denen sich Steuerfachen, Alimentationen, Eheerbschaften u. s. w. anschlossen. Die Zahl der gesammelten Auskünfte belief sich auf 8107. Dem Gewerbeinspektor wurden 56 Beschwerden übermittelt, von denen sich 44 als begründet, 3 zum Theil begründet und 8 unbegründet erwiesen; in 3 Fällen war der Gewerbeinspektor nicht zuständig. Den größten Raum der 87 Seiten starken Broschüre beansprucht der Jahresbericht des Gewerkschaftsvereins, der ein sehr klares und übersichtliches Bild über die Thätigkeit desselben gibt. Ueber die stattgefundenen Lohnkämpfe wird kurz berichtet, wir erfahren wie viel Vorträge in den Gewerkschaften gehalten wurden und andere Tabellen geben über die Organisationsstärke, Mitgliederänderungen und Wachstum der Gewerkschaften, über Einnahme und Ausgabe von Unterstützungsgeldern, über die Gestaltung des Arbeitsnachweises in den einzelnen Berufen, über die Benützung der Bibliothek u. s. w. Auskunft. Den Schluß des Berichtes bildet eine Abhandlung über das Einkommenswesen in den Gewerkschaften, in der die Vortheile desselben gerühmt werden und zu diesem Zweck ein Zusammengehen der kleineren Gewerkschaften empfohlen wird. Im Ganzen legt der Bericht Zeugniß ab für die höchst erprobte Thätigkeit des Münchener Sekretariats und des Gewerkschaftsvereins.

Das Arbeiter-Sekretariat Frankfurt a. M. hat seinen ersten Jahresbericht für 1899 herausgegeben, der zeigt, daß schon das erste Jahr dieses Arbeiterinstitutes ein mit Arbeit reich gesegnetes war. Im abgelaufenen Geschäftsjahr besuchten 18076 Personen das Sekretariat, die theils in 2, 3 und mehr Angelegenheiten sich Auskunft erholten. Die Mehrzahl der Besucher hatten ihren Wohnsitz in Frankfurt, doch kamen noch zu weitere 100 Orte der nächsten Umgebung in Betracht. Auch briefliche Auskünfte wurden in vielen Fällen ertheilt, die sich auf fast alle größeren Städte Deutschlands erstreckten; befanden sich unter den 3497 angefertigten Schriftstücken doch 1214 Briefe. Die Besuche des Frankfurter Arbeiter-Sekretariats rekrutirten sich aus allen Berufen. Einer gewerkschaftlichen Organisation gehörten 7256 an und 8820 waren unorganisirte. Die Gegenstände der Auskünfte waren in hervorragendem Maße die Arbeiterversicherungen, wie Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Unter der Auskunftsverteilung über bürgerliche Rechtsfragen stehen an erster Stelle die aus dem Arbeitsvertrage entstandenen Streitigkeiten. Es folgen Auskünfte über den Dienstvertrag des Gesindes, den Miethsvertrag u. s. w. Dem Gewerbeinspektor wurden Klagen und Beschwerden von Seiten der Arbeiter übermittelt, die untersucht wurden, doch lehnte er es ab, aus „dienstlichen Gründen“, heißt es in dem Schreiben, über das Resultat der Ermittlungen dem Sekretariat Mittheilungen zu machen. Erwägt man, daß das Sekretariat unter den bis jetzt bestehenden, schon im ersten Jahre seines Bestehens das frequentirteste war, aber auch eine reifige Belastung des Arbeiter-Sekretariats mit gewerkschaftlichen Aufgaben konstatirt werden mußte, so ist es begreiflich, daß die Gewerkschaften Frankfurts zur Errichtung eines besonderen Gewerkschaftsbureaus schritten, dem gleichfalls ein besoldeter Beamter vorsteht. Ueber die Miethbewegung und die finanziellen Leistungen der Frankfurter Gewerkschaften im Jahre 1899 gibt eine Tabelle Auskunft. „Dem Frankfurter

Jungesellen zum Klassenbewußten Arbeiter, ist eine Lehr- reiche und interessante lokalhistorische Studie, deren Verfasser Paul Kampffmeyer ist, und die dem Bericht angefügt wurde. Wir empfehlen den Jahresbericht zum Studium. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dick's Verlag) ist jedoch das 28. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kant und der Sozialismus. — Der deutsche Bergarbeiterbewegung. Von Otto Hub. — Der Kolonial-Aufbruch. Von Robert Schweichel. — Die soziale Lage der Buchbinder und verwandter Berufsgenossen in Deutschland. Von Robert Albert (Dresden). — Berliner Theater. — Literarische Rundschau: Die Schriftstellerin von Marie Wande; Die Verzin von Dr. Hans Hader; Die Lehrerin von Rosalie Böttner. Dr. Karl Eisenhardt, Die Abrechnung mit England.

Briefkasten.

Judenwalde. Den Bericht nehmen wir nicht auf, da in demselben absolut unmotivierte Angriffe enthalten sind; denn Das, was Sie aus dem Mundschreiben herausgelesen, steht nicht darin.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Altenburg. Sonnabend, 21. April fällt die Mitglieder-Versammlung aus. Bücherausgabe findet Abends von 8 bis 9 Uhr statt.
Altdörfing. Samstag, 21. April, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Gastner“.
Baden-Baden. Am 28. April, im „Bratwurstglöckle“, Steinstraße.
Bebra. Sonnabend, den 28. April, Steinstraße 4. Quartalsabrechnung. Bericht von der Bezirkskonferenz.
Cannstatt. Sonntag, 21. April, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Rößle“, Marktstr. 36. Vortrag von Karl Schlichte. Bericht von der Süddeutschen Formertonferenz in Ulm. — Ausflug.
Cannstatt. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, den 21. April, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Gente“, Marktstraße. Vereintigung sämtlicher Sektionen in eine Verwaltung und Kasse.
Dessau. Sonnabend, 21. April, Abends halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße. Abrechnung vom 1. Quartal. Berichterstattung von der Konferenz. Maifelder.
Dortmund. (Allgem.) Samstag, 28. April, Abends halb 9 Uhr, Mühlentstraße 1. Vortrag des Kollegen Gärtner über den 1. Mai und der Pfingstmontag.
Döbeln i. S. Sonnabend, 28. April, Abends halb 9 Uhr, in der „Waldenerstraße“.
Duisburg. (Allgem.) Sonnabend, 21. April, Abends 8 Uhr, im „Hof von Holland“.
Duisburg. (Sektion der Klempner.) Jeden Dienstag vor dem 1. und 15. des Monats im „Hof von Holland“, Oberstraße 6.
Durlach. Am 28. April im „Alten Feis“.
Hülfeldorf. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 29. April, Nachm. 4 Uhr, bei Schömer, Breitestr. 15.
Hülfeldorf. (Sektion der Schmiede.) Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Adams, Oberbill, Ellerstr. 171.
Eberwalde. Jeden Sonnabend vor dem ersten des Monats.
Erfurt. (Allg.) Sonnabend, 29. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Gottardt“, Gottardtstr. 46.
Essen. (Sektion der Klempner.) Samstag, 28. April, Abends halb 9 Uhr, bei Wente, Kastanienallee 68.
Fischerwalde. Jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. im Monat im Gasthof zum „Stern“.
Frankfurt a. M. - Sachsenheim. Samstag, 21. April, Abends halb 9 Uhr, für Spengler und Installateure bei Stein, Eichenheimerstraße 23; für Bodenheimer fällt die Veranstaltung aus.
Göppingen. Samstag, 21. April, Abends 8 Uhr, im Lokal „Drei König“.
Görlitz. Sonnabend, 21. April, Abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße 5. Vortrag des Kollegen Rordig, Breslau.
Hannau. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, bei Focke, Baustraße.
Heilbronn. Samstag, 29. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Kofe“.
Karlsruhe. (Sektion der Bauhölzer.) Die auf Samstag, 21. April anberaumte öffentliche Versammlung kann Umstände halber nicht stattfinden. Nächste Mitglieder-Versammlung Samstag, 21. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal, frühere Restauration Schreiber, Werderplatz. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Karlsruhe. (Sektion der Klempner u. Installateure.) Samstag, Abends halb 9 Uhr, in der „Kofe am Rhein“, Gartenstraße 2. Vortrag des Kollegen Leonhard.
Kiel. (Allg.) Mittwoch, 25. April, Abends halb 9 Uhr, bei Hrens, Alte Reibe 8. Abrechnung vom 1. Quartal.
Landsberg. Jeden Montag nach dem 1. eines jeden Monats.
Lippstadt. Samstag, den 28. April, Abends halb 9 Uhr, bei Darchen, „Cambrinnshalle“, Bräckerstr. 35.
Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 28. April, Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Marktstraße.
Mainz. Samstag, 21. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal zur „Kofe“. Quartalsabrechnung. Ergänzungs-wahl der Verwaltung.
Merseburg. Sonntag, 22. April, Vorm. 11 Uhr, im „Coalischlöcher“. Bericht von der Provinzial-Konferenz

- Quedlinburg. — Wahl der Revisoren. — Bibliotheksfrage. — Verhandlungsangelegenheiten.
München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, 28. April, Abends 8 Uhr, im „Ober-Ottl“.
München. (Sektion der Siebmacher u. Drahtarbeiter.) Samstag, den 21. April, Abends 8 Uhr, bei Niedermeier, Klenzestraße 62.
Pforzheim. (Sektion der Gold- und Silberarbeiter.) Samstag, 28. April, im „Goldenen Löwen“.
Prenzlau. Sonntag, 22. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Boullion. Vortrag des Kollegen Rohrlad aus Berlin: Der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Rastatt. Am 21. April, im „Rothem Haus“.
Regensburg. Am 29. April.
Reutlingen. Sonntag, 22. April, Vormittags 10 Uhr, bei Büpple, zur „Germania“.
Rheinl. Sonntag, 29. April, Vormittags 11 Uhr, bei Kremerslothen, Odenkirchenerstraße.
Sachsenberg. Samstag, 21. April, Abends 8 Uhr, im „Mühle“.
Straßburg i. Elz. Samstag, 28. April, im „Vogel“, Weißbühnenstraße.
Stuttgart. Jeden Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats in der „Bierquelle“, Gräben.
Thalheim. Jeden 3. Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr, in der „Brauerei Thälheim“.
Tutzingen. Samstag, den 21. April, im „Goldenen Adler“, Jägerhofstraße.
Ulmer. Montag, den 23. April, Abends halb 9 Uhr Sitzung der Ortsverwaltung und Agitationskomitee im Vereinslokal. — Samstag, 28. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal der Wittwe Kötterheid, Neustraße 26.
Wald. Donnerstag, 26. April, bei Ern zu Mittelzitter, Versammlung der Arbeiter der Rasiermesserfabriken.
Wiesbaden. (Allgem.) Samstag, den 28. April, bei F. Koch, Hermannstraße 1.
Worms. Samstag, 24. April, Abends halb 9 Uhr, im „Mühlberg“, Hagenstr. 34.
Zuffenhausen. Samstag, 28. April, im Gasthaus zur „Linde“.

- Berlin. Unser Bureau befindet sich Engel-Ufer 15, im Gewerkschaftshaus. Fernsprecher-Amt VII, 353.
Bitterfeld. Bevollmächtigter: Franz Elze, Köhrenstraße 33. Kassierer: Karl Schade, Böbingerstr. 14. Reise-geld wird von 6—8 Uhr Abends im Restaurant „Gute Quelle“, Böbingerstraße, ausbezahlt.
Bebra. Die Mitglieder werden ersucht ihre Adressen richtig anzugeben, um die Zeitung pünktlich zu-ustellen.
Breslau. Reiseunterstützung beim Kassier O. Bissel, Hohenzollernstraße 5/IV.
Breslau. (Klempner u. Installateure.) Unentgeltlicher Arbeitsnachweis im „Storch“, Gartenstr. 4. Umgehauen streng verboten.
Kiel. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer für Schleswig-Holstein befindet sich bei Hermann Sack, Kiel, Rehmberg 8/II. Das Umgehauen in Kiel und Preetz ist streng unterjagt.
Leipzig. (Feilenhauer.) Sämtliche Sendungen sind zu richten an Rich. Müller, Feilenhauer, Leipzig, Becher-straße 48/IV.
Ludwigshafen. Bevollmächtigter: Joh. Elsäßer, Flaschner, Lindenstraße 52.
Mainz. Bevollmächtigter: Jos. Hansmann, Mainz, Umbach 4.
Mannheim, Ludwigshafen a. Rh. u. Mundenheim. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer und Feilen-schleifer befindet sich bei Kollege Fr. Wintreiter T. 2. 6. III Mannheim. Das Umgehauen streng verboten.
Posen. Seit dem 1. April ist auch in Posen ein Arbeiter-Sekretariat eingerichtet. Dasselbe ist geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. In die Arbeit theilen sich die Sekretäre Gogowsky und Kasprzak. Unsere Mit-glieder bezahlen im Bureau desselben auch ihre Beiträge.
Posen. Die Beiträge werden jeden Sonnabend von 8—10 im Gewerkschaftsbureau bei Josef Gogowsky, Gräne-straße 7, entgegen genommen. Dasselbst wird auch Reise-unterstützung ausbezahlt.
Pirma. Arbeitsnachweis der Feilenhauer im Gasthof zum „Anter“. Organisierte Kollegen erhalten ein Gehalt von 50 J. Unorganisierte 25 J oder Schlafmarte. Zu wider-handelnde verlieren jedes Anrecht auf Unterstützung. An-fragen sind zu richten an Franz Kassin, Dohnaischestr. 18.
Sangerhausen. Die Wohnung des Bevollmächtigten ist Kupferberg 19.
Stuttgart-Friedrichshall. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Adresse des Feilenhauers Adolf Hubel aus Wien an den Bevollmächtigten der Bezirksstelle Stuttgart gelangen zu lassen. Otto Ködiger, Bevollmächtigter, Leopoldshall, Leopoldstraße 16.

Sekorben.

In Steina der Schlosser Albert Seige, 31 Jahre alt, an Schwindsucht. — In Grabow der Schlosser Aug. Reht, 33 Jahre alt, an Schwindsucht. — In Ebnobach der Silber-schläger Georg Neßhafer, an chronischen Augen- und Kehlkopf-leiden. — In Leipzig der Schlosser B. Heinemann, 20 Jahre alt, an innerer Geschwülbildung. — In Leuzerich in Weßf. der Schlosser Wilhelm Schallenberg, 19 Jahre alt, an Infuenza.

Öffentliche Versammlungen.

Breslau u. Jmg. Dienstag, 24. April, in „Erlanon“ und Sonnabend, den 21. April, Abends 9 Uhr, im Gasthof Pöschgen öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Welche Bedeutung erhält unsere Organisation durch den

Ausbau unserer Unterstützungswesen und welche Anweisungen haben unsere Mitglieder von 1. Juli ab zu beachten. — Gewerkschaftliches.
Hamburg. Sonnabend, den 28. April öffentliche Versammlung bei Klissenhop. Vortrag: „Die Maifelder“.
Planen. Sonnabend, 28. April, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der Restauration zur „Lulpe“, Blumenstraße 4. — Wahl des Bevollmächtigten. — Gewerkschaftshaus.

Privat-Anzeigen.

Anzeigen unter dieser Rubrik finden nur Aufnahme bei vorheriger Einsendung des Betrages.
Tüchtiger Zinngießer sofort gesucht von der Zinngießerei Ch. Springmann, Straßburg i. E., Fahnengasse. [49]
Gesucht 2 durchaus tüchtige Gärtler für Be-leuchtungskörper und 1 Kunstschlosser bei gutem Lohn. Möbel- und Leuchterfabrik J. Gallie, Basel. [48]
Eine seit 36 Jahren mit guter Kundschaft bestehende Feilenhauerz mit Wohnhaus ist vorgerückten Alters halber preiswerth zu verkaufen. [50]
Zuhand, Feilenhauermeister, Schwabach.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein. Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stücke gearbeitet. Nietknöpfe und Kappnähte. Feste Leder-Pilot-taschen. die Hose
(Bei Entnahme von 4 Mk. 50 6 Stück 26 Mk)
Seit indigobl. Jacket für Maschinenisten 2. 1 Mk 90
Seit indigobl. Hose do. 1 Mk 50
Prima-Waachsesterhose 3 Mk 50
8.—5,50
Gefüttertes Waachsest-Jacket Mk 18—9
Malerkittel in Weinen- Art 2 Mk 25
Mechanikerkittel (braun) 2 Mk 40
Weißes Leder-Jacket gefittet, zweireihig 7 Mk 50
Weißes Lederhose Prima Waare . 3 Mk 75

Baer Sohn

Engros-Endetail Berlin Export — Import Brückenstr. 11. Chausseestr. 24a. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 15. Preisliste 1900 über gesammte Herren- und Knabenbekleidung (Auslage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugestellt. [17]
Versandt von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen ge-nügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen.



Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel liefert seit 22 Jahren für tausende Kassen u. Vereine. — Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45. Verlag sozialistischer Bilder. Illustr. Preislisten gratis und franco. [26] Fraktionsbild der soz.-dem. Partei 1898.

Die monatlich 2 mal erscheinende Metallotechnische Rundschau.

Gemeinverständliches Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie widmet sich der Verbreitung und Weiterbildung der Kennt-nisse aller in der Metallindustrie thätigen Arbeiter und Hand-werker und ist das billigste aller einschlägigen Fachblätter. Abonnementspreis beträgt nur 95 Pfg. pro Vierteljahr. Man abonniert am besten bei der Post (Postzeitungsliste Nr. 4926) oder den Agenten. Probenummern und nähere Auskunft erhältlich durch die Geschäftsstelle der Metallotechnischen Rundschau, 10] Stuttgart, Neßstr. 53.

Dritte, veränderte Auflage: Schorm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Auch Losenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-touren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenarten. Gebd. 1,50 Mk. Durch alle Buchhandl., Solp. u. J. Schorm, Nürnberg.

Die Central-Herberge sämtl. Gewerk-schaften Fürth's befindet sich im Saalbau (neuerb. Gewerkschaftshaus) Pfisterstr. 3, 5, 7.